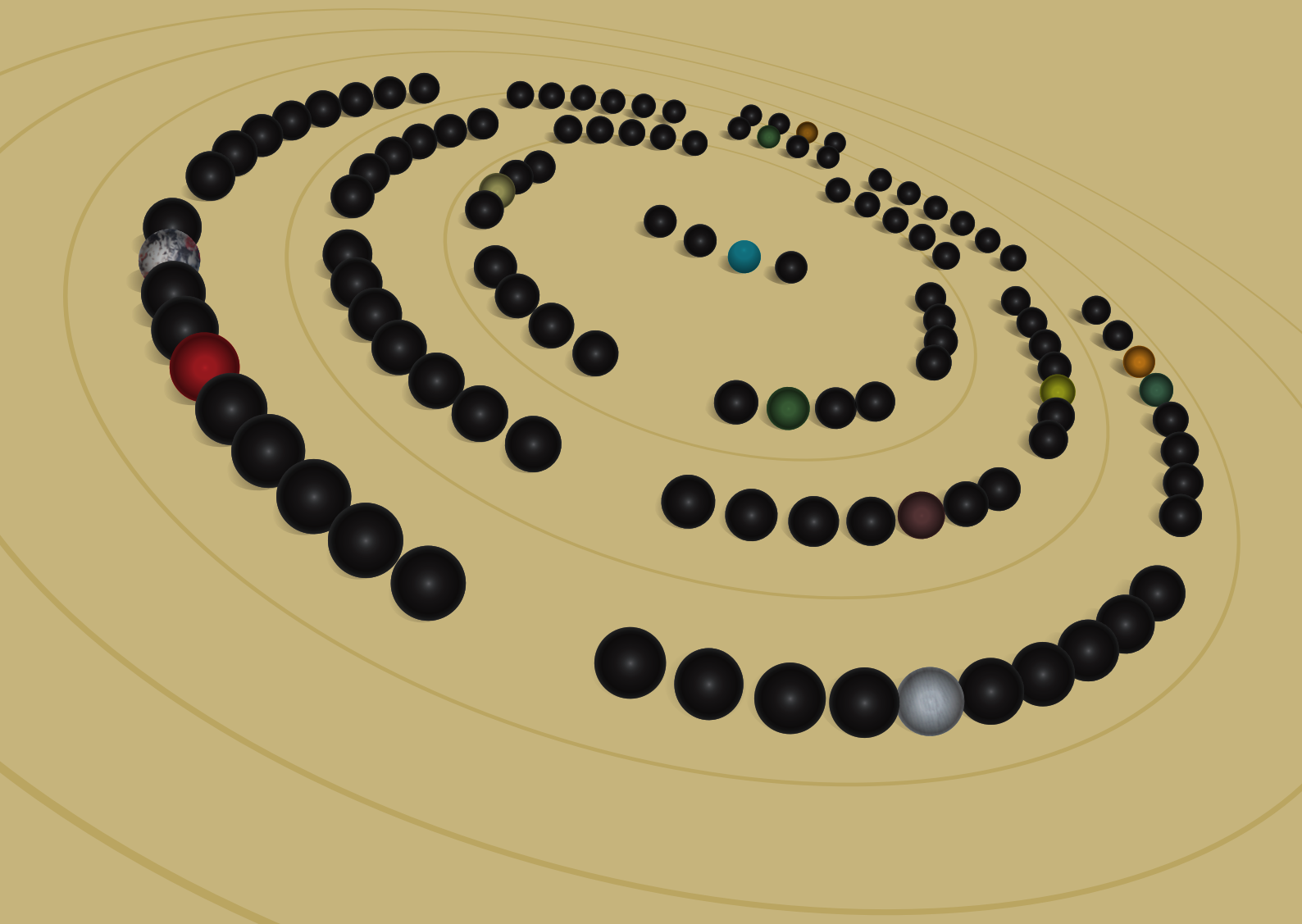
Conchita Hübner-Oberndörfer | Christian Nestler

Engagiert vor Ort – Aktiv für die Gesellschaft



STUDIE ZUM STAND
DER GEWINNUNG VON FRAUEN
FÜR POLITISCHE MANDATE
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Conchita Hübner-Oberndörfer | Christian Nestler

Engagiert vor Ort – Aktiv für die Gesellschaft

STUDIE ZUM STAND
DER GEWINNUNG VON FRAUEN
FÜR POLITISCHE MANDATE
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

IMPRESSUM

Herausgeber
Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Heiligengeisthof 3, 18055 Rostock
www.frauenbildungsnetz.de

Die Erarbeitung und Erstellung der Broschüre wurde finanziert durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern.

Layout: www.linguafranka.de

Stand: März 2016
ISBN: 978-3-9808948-4-5

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Birgit Hesse, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 7

1. EINLEITUNG: FRAUEN GLEICHBERECHTIGT IN DER POLITIK?
1.1. Die Frau das „gleichberechtigte Wesen“: Fortschritt – Anspruch – Wirklichkeit 9
1.2. Motivation und Fragestellung der Studie 10
Danksagung 11

2. OSTDEUTSCHLAND UND MECKLENBURG-VORPOMMERN
2.1. Status quo im Ost-West-Vergleich 12
2.2. Demografische und strukturelle Rahmenbedingungen sowie regionale politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern 14

3. FRAUEN IN DER POLITIK IN MECKLENBURG-VORPOMMERN – ZAHLEN UND FAKTEN
3.1. Die Landesebene 16
3.2. Die kommunale Ebene 24

4. FRAUEN IN DER LANDES- UND KOMMUNALPOLITIK MECKLENBURG-VORPOMMERNS: EINSTIEGSWEGE, FÖRDERNDE UND HEMMENDE FAKTOREN
4.1. Soziodemografische Merkmale 31
4.2. Fördernde Faktoren 33
4.3. Hemmende Faktoren 34
4.4. Wege zur Gewinnung von Frauen für (kommunal)politisches Engagement 35
4.5. Einstiegswege von Frauen in die Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern 37

5. FAZIT UND AUSBLICK: KLARES ZIEL, LANGER WEG
5.1. Wünschenswerte Entwicklungen 39
5.2. Abgeleitete Handlungsempfehlungen 40
Gewinnung von Frauen für politische Partizipation im Allgemeinen 40
Fördermöglichkeiten der Parteien 40
Institutionelle und strukturelle Reformen 41
Veränderung der (politischen) Kultur 41
Fazit 42

ZUSAMMENFASSUNG
Kurzfassung wichtiger Ergebnisse 43
Statistische Daten zu befragten Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern 44
Fördernde Faktoren – Handlungsempfehlungen 45
Hemmende Faktoren – Handlungsempfehlungen 45
Einstiegswege – Handlungsempfehlungen 46

ANMERKUNGEN

ANHANG
Ost-West-Vergleich 50
Übersicht der verwendeten Parteikürzel 52
Auswahlbibliographie 53
Über die Autorin und den Autor 54

Die Ochsentour ist nicht von ungefähr ein von einem männlichen Tier inspirierter Begriff. Der jahrzehntelange Einsatz in Ortsvereinen oder Kreistagsfraktionen, unter Sonnenschirmen mit Parteilogo oder in verrauchten Sitzungsräumen ist für viele Frauen nicht sonderlich attraktiv. Sie setzen sich anderswo ein: in Kulturvereinen, Jugendprojekten, Begegnungsstätten, in der Flüchtlingshilfe. Sind Frauen deshalb unpolitisch? Wohl kaum. Frauen haben Ziele, Ideen und Vorstellungen, wie und was in ihrem Ort, in ihrer Stadt, in ihrer Region sein und werden soll. Nur ist es irgendwie in den vergangenen Jahren nicht gelungen, einen spürbar wachsenden Teil dieser engagierten und ambitionierten Frauen für politische Ämter zu gewinnen.

Dieser Entwicklung – oder vielmehr: dieser Nicht-Entwicklung auf den Grund gehen zu wollen, war Ausgangspunkt dieser Studie. Wie sieht es eigentlich aus mit der Frauenquote in den politischen Gremien der Städte, der Kreise und des Landes? Wie steht Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Bundesländern da? Wie erleben Politikerinnen ihren Weg? Und woran hapert es, wenn es darum geht, mehr Mandate mit Frauen zu bekleiden? All diesen Fragen nachzuspüren, ist wichtig und notwendig. Denn die demografische Entwicklung erlaubt es uns nicht, auf weibliche Köpfe in der Politik zu verzichten. Um auf allen Ebenen weiterhin zukunftsorientierte und ausgewogene Entscheidungen treffen zu können, muss Politik das ja vorhandene Potenzial in unserer Gesellschaft ausschöpfen. Und das ist nun mal auch weiblich.

Aber es ist nicht nur die Angst vor dem politischen Aussterben, die uns nach mehr Frauen rufen lassen sollte. Es ist vor allem das, was Frauen zu bieten haben. Politik lebt von der Vielfalt derer, die sie betreiben, und Frauen können sich mit ihren Erfahrungen, ihren Sichtweisen, ihren Schwerpunkten einbringen und dazu beitragen, dass Politik mehr von unserer Gesellschaft widerspiegelt.

Widerspiegeln sollte sich dafür aber auch, wie Frauen leben – und zwar in der Arbeitsweise von Politik. Denn eine Kernbotschaft dieser Studie ist es, dass es zum Gutteil die mangelnde Vereinbarkeit von Job, Familie und politischem Amt ist, die dem Zustandekommen genau dieses Dreiklangs oftmals entgegensteht. Denn politisches Engagement frisst Zeit, und das häufig zur Unzeit. Die Verbesserungsvorschläge aus den Reihen der kommunalpolitisch engagierten Frauen reichen von familienfreundlichen Sitzungszeiten über effektivere Sitzungsvorbereitung und die stärkere Nutzung digitaler Kommunikation bis hin zu besseren Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Fachkräftesicherung in der Politik steht also vor den gleichen Herausforderungen wie die Fachkräftesicherung in der Wirtschaft. Und da der monetäre Anreiz in den allermeisten Fällen fehlt, müssen die so genannten weichen Faktoren umso stimmiger sein, damit mehr Frauen „Ja“ sagen können. Das aufzuzeigen – auf der Basis fundierter Zahlen zum aktuellen Status Quo – ist das Verdienst dieser Studie. Durch die vielen Interviews mit aktiven Politikerinnen erwächst aus dem quantitativen Teil ein qualitativer. Denn es werden Zusammenhänge deutlich und Lösungsansätze sichtbar.

Mein Dank gilt daher nicht nur der Autorin und dem Autor dieser Studie, sondern auch allen, die sich ihren Erkenntnisgewinnen zur Verfügung gestellt haben: den Interviewpartnerinnen, den Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen, dem Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. und der Universität Rostock.

Ein hoher Frauenanteil ist ein Qualitätsmerkmal. Lesen Sie diese Studie also als Beitrag zum politischen Qualitätsmanagement in unserem Land.

Birgit Hesse
Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales
Mecklenburg-Vorpommern

„Turandot … Einmal, vor Jahrhunderten, kniete der Ritter und besang seine Frauen, immer ein scheinbar Bittender; seine Eifersucht, sein Geiz, sie schufen die hohen Begriffe einer weiblichen Ehre, die ihm diente, die auch die Frau schließlich annahm, annehmen mußte, da die Welt doch eine Männerwelt war. Einmal sagte die Frau: Was kniest du vor mir was bringst du mir Blumen und Schmuck, nur um dich selber auszustatten, deinen Besitz, deinen Genuß; daß ich ein Mensch bin, was kümmert es dich? … Die Frau, die ihren eigenen Beruf hat, sie will nicht an den Mann verkauft sein, gleich zu gleich, Mensch zu Mensch, die Frau als Kamerad: was kam schon dabei heraus? Befreiung der Frau, es war ein Männergedanke. Am Ende zeigt es sich als größte Vergewaltigung der Frau, die einzige, die sie wirklich verletzte, weil man sie mit Zielen krönte, die nicht ihre waren, nicht ihre sind: man tat ihr die Gewalt an, sie von der Gewalt zu befreien, die ihre natürliche Sehnsucht ist – und die Ehen gingen in Massen zugrunde … Was hat sie davon, daß man sie anhört und ernst nimmt? Schließlich ist es sehr traurig, nur als Mensch dazusitzen. Ich gebe mich zu billig! kommt es ihr plötzlich. Angst vor der eroberten Freiheit, Angst, sie werde als Frau nicht mehr anerkannt, seit sie zum Menschen ausgerufen wurde, Angst, weil der Mann nicht mehr befiehlt, sondern fragt, nicht mehr zwingt, sondern berät und ihr Rätsel anerkennt, so, daß sie fortan über ihrem eigenen Rätsel verzweifelt, den Mann nicht männlich mehr findet … Angst dem Manne überlegen zu sein – das ist Turandot, die Prinzessin aus dem chinesischen Märchen …“

(Max Frisch, Die Schwierigen oder J'adore ce qui me brûle, Zürich und Freiburg im Breisgau 1970, S. 129f.)

1. Einleitung: Frauen gleichberechtigt in der Politik?

1.1. DIE FRAU DAS „GLEICHBERECHTIGTE WESEN“: FORTSCHRITT – ANSPRUCH – WIRKLICHKEIT

Die unglückliche Dreiecksbeziehung aus der der Frischsche Charakter Jürg Reinhart sein Frauenbild oder vielmehr seine Erklärung für weibliches Verhalten ableitet, steht bewusst als Antithese zu einem aufgeklärten modernen Frauenbild am Anfang dieser Studie.

Letzteres lässt sich in zahlreichen Dokumenten aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert finden, so etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, welche die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 verabschiedete. In der Präambel heißt es:

„da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern, …“

Weiter verkündet die Generalversammlung in Artikel 16 der Erklärung:

„1. Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung aufgrund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte. 2. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden. 3. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.“

Auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird zunächst in der Präambel und Artikel 1 ein Bezug zur obigen Erklärung hergestellt. In Artikel 3 wird der Verfassungsrang der Gleichberechtigung nochmals unterstrichen. Dort heißt es:

„(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Da die Empfehlungen, Verordnungen und Gesetzesakte der Europäischen Union für alle in ihr zusammengeschlossenen Nationalstaaten von Relevanz sind, soll die Haltung dieser supranationalen Vereinigung nicht vernachlässigt werden.[1] Konkret wurden die Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert, Lösungsstrategien zu entwickeln und Maßnahmen einzuleiten, um Fortschritte hin zu einer paritätischen Teilhabe von Männern und Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu erreichen.

Im Bericht des Rates vom 2. Dezember 1996 heißt es dazu:

„Um der geringen Vertretung von Frauen entgegenzuwirken, die nicht nur eine unzureichende Nutzung menschlicher Ressourcen, sondern auch ein Demokratiedefizit darstellt, nahm der Rat am 2. Dezember 1996 eine Empfehlung über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess an, die folgende Maßnahmen vorsieht:

- *eine integrierte Strategie zur Förderung einer ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern,*
- *die Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung,*
- *die Erhebung von Daten,*
- *die Förderung vorbildlicher Vorgehensweisen und*
- *die Förderung der ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern auf allen Ebenen in staatlichen Organen und Ausschüssen.“*[2]

Es gibt also zahlreiche Regelungen, die nicht nur die Gleichberechtigung verfassungsrechtlich festschreiben, sondern die Förderung dieser Gleichheit zur Aufgabe von Staaten erklären.

Im 21. Jahrhundert geht es darum, Verfassungs- und Gesetzestexte in eine alltägliche Wirklichkeit zu überführen.

1.2. MOTIVATION UND FRAGESTELLUNG DER STUDIE

Frauen stellen zwar mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik, in politischen Ämtern sind sie jedoch stark unterrepräsentiert. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass der Frauenanteil an den bundes-, landes- und kommunalpolitischen Mandaten seit Bestehen der Bundesrepublik sukzessiv zugenommen hat. War in den 1960er und 1970er Jahren Politik noch eine männliche Domäne – 1972 waren nur 5,3 Prozent der Bundestagsabgeordneten, durchschnittlich zehn Prozent der Landtagsabgeordneten und lediglich acht Prozent aller Kommunalpolitiker Frauen – so wird für die 1980er und 1990er Jahre vom Aufbruch der Frauen in die Politik gesprochen.[3] 1998 stellten Frauen schon 31 Prozent aller Bundestagsabgeordneten. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten betrug Ende der 1990er Jahre ca. 30 Prozent und in den Kommunen waren Mitte der 1990er Jahre etwa 26 Prozent der Abgeordneten weiblich.[4] Seit 2000 gibt es jedoch – so Beate Hoecker – eine Phase der Stagnation und des Rückschritts.[5] Der Frauenanteil hat sich seitdem auf diesem unbefriedigenden Niveau eingependelt.

Da in der Öffentlichkeit die Teilhabe an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur als Gradmesser für Gleichstellung gilt, gewinnt die Frage, wie mehr Frauen für solche Positionen gewonnen werden können, an Bedeutung.

Ausgehend von dieser Überzeugung war die Grundlage für die durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern geförderte und durch das Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e.V. administrierte Studie die im Koalitionsvertrag (SPD/CDU) von 2011 angestrebte Erhöhung des Anteils von Frauen in der Politik im Bundesland. Dort heißt es unter Punkt 249: „Mehr Frauen sollen ermutigt werden, sich in der Politik zu engagieren.“[6]

Das Projekt wurde von August 2014 bis Dezember 2015 durchgeführt. In einer ersten Phase (August bis November 2014) wurde der Forschungsstand erarbeitet und die Datenerhebung durchgeführt.[7] Bis Januar 2016 wurden die Daten ausgewertet und die Ergebnisse zusammen mit den in der Literatur befindlichen Vergleichsfällen in mögliche Handlungsorientierungen überführt. Im Jahr 2015 wurden in

der zweiten Projektphase Kontakte zu allen Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten hergestellt. In fünf Landkreisen[8] sowie in Rostock und Schwerin fanden mehrstündige Gesprächsrunden mit insgesamt 35 Kommunal- und Landespolitikerinnen statt, in denen sie über ihren Weg in die Politik, über fördernde und hemmende Faktoren und über Ideen, wie mehr Frauen für kommunal- und landespolitische Mandate gewonnen werden könnten, berichteten und diskutierten.[9] Zehn Landes- bzw. Kommunalpolitikerinnen nutzten die Möglichkeit, schriftlich auf diese Fragen zu antworten. In dieser Größenordnung wurden erstmalig so viele kommunal- und landespolitisch aktive Frauen in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Andere Untersuchungen, so z. B. die Studie: „Engagiert vor Ort", basierten nur auf 25 Interviews mit ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen im gesamten Bundesgebiet.[10] Für die Studie: „Frauen führen Kommune" wurden in der Bundesrepublik 30 einstündige Interviews und 30 Telefoninterviews mit je 30 Frauen (davon 15 Ost/15 West) und 30 Männern (15 Ost/15 West) durchgeführt.[11] In beiden Untersuchungen sind Aussagen zu Mecklenburg-Vorpommern äußerst rar.

In Ergänzung zu den Gesprächen mit den Kommunalpolitikerinnen gab es einen Austausch mit den Vorsitzenden bzw. Mitgliedern der parteiinternen oder -nahen Frauenorganisationen.

Außerdem wurden die Landesgeschäftsführenden der SPD, der CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie der FDP in Hintergrundgesprächen interviewt. Dabei ging es um die Fragen, wie in diesen Parteien versucht wird, Frauen für politische Mandate zu gewinnen, welche Herausforderungen dabei auftauchen und wie sie gemeistert werden könnten.

Die vorliegende Studie leistet in Bezug auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag zur Erforschung der Motive für kommunalpolitisches Engagement von Frauen. Erstens erfolgt eine umfangreiche Beschreibung des Status quo unter Einbeziehung der Landesspezifik und in Abgrenzung zu den alten Bundesländern (Kap. 2 und 3). Zweitens werden in der Verbindung der quantitativen – Langzeitbetrachtung sowie Querschnitt – und qualitativen Erhebung mit der bestehenden Forschung Anregungen zur Diskussion von Lösungsansätzen vorgestellt (Kap. 4 und 5), und hierdurch kann schließlich drittens ein weißer Fleck der bisherigen Forschung ausgefüllt werden.

DANKSAGUNG

In eine Arbeit, die über einen Zeitraum von zwei Jahren realisiert wird, sind zwangsläufig mittel- und unmittelbar zahlreiche Menschen involviert. Es scheint uns an dieser Stelle geboten, jenen zu danken, die maßgeblich zur Erstellung der vorliegenden Studie beigetragen haben.

An erster Stelle stehen hier die Leitstelle für Frauen und Gleichstellung im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern in Person von Frau Dr. Birgit Gabler sowie das Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e.V. und seine Geschäftsführerin Frau Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, die uns zu allen Zeitpunkten unterstützend und beratend zur Seite gestanden haben.

Die Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise und der kreisfreien Städte haben bei der Organisation und der Realisierung der Gesprächsrunden mitgewirkt, hierfür gebührt ihnen Dank.

Den Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock danken wir für offene Ohren und kritische Kommentare an den richtigen Stellen.

Nicht zuletzt wollen wir allen Auskunftswilligen und Beteiligten der Gesprächsrunden der Kommunen, der Landkreise, des Landtages sowie den Geschäftsführenden der demokratischen Parteien wie auch den Vorsitzenden der Frauenorganisationen danken. Sie haben das abstrakte Bild der Wissenschaft um Perspektiven auf die Realität bereichert.

2. Ostdeutschland und Mecklenburg-Vorpommern

25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gibt es hinsichtlich vieler Faktoren weiter deutliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern der Bundesrepublik. Hieraus ergeben sich signifikante Unterschiede in den regionalen Rahmenbedingungen (siehe den „Ost-West-Vergleich“ im Anhang).

2.1. STATUS QUO IM OST-WEST-VERGLEICH

Ostdeutsche Frauen sind sowohl in der Privatwirtschaft (2008 Ost: 30 Prozent, West: 24 Prozent) als auch in der Kommunalpolitik in den neuen Bundesländern stärker als im Westen in Führungspositionen vertreten.[12] So sind in der Bundesrepublik von den „295 deutschen Landratsämtern 27 mit Frauen besetzt. Das entspricht einem bundesweiten Anteil von 9,5 Prozent […].“[13] In Ostdeutschland sind 9 von 58 Landräten weiblich (15,5 Prozent), im Westen lediglich 16 von 237 (6,8 Prozent). Damit ist ihr Anteil in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern.[14]

Im Genderranking deutscher Großstädte 2013[15] – in denen der Frauenanteil ohnehin höher als in kleineren Städten oder ländlichen Gebieten ist – stellten Lars Holtkamp und Elke Wiechmann bei einem Ost-West-Vergleich fest, dass ostdeutsche Großstädte bei den Oberbürgermeisterinnen deutlich besser abschneiden als westdeutsche Kommunen. In Ostdeutschland wird ein Frauenanteil von gut 27 Prozent erreicht. In Westdeutschland ist die Frauenrepräsentanz mit knapp 12 Prozent erheblich niedriger. Holtkamp und Wiechmann führen dies vor allem auf das Nominierungsverhalten der größeren Volksparteien zurück, bei denen sich in der Regel Männer bei Führungspositionen durchsetzen können.[16] Dieser Befund wurde 2014 von Helga Lukoschat und Jana Belschner in ihrer Studie „Frauen führen Kommunen“ bestätigt.[17] Sie stellten zudem fest, dass der Frauenanteil auch von der Gemeindegröße abhängig ist. „Statistisch am häufigsten vertreten sind Bürgermeisterinnen in Gemeinden zwischen 50.000 und 100.000“ Einwohnerinnen und Einwohnern. Hier beträgt ihr Anteil 17,6 Prozent. In Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geht der Frauenanteil dagegen deutlich zurück. Vergleichbares lässt sich bezüglich kleinerer Gemeinden feststellen.[18]

Anders stellt sich die Situation bei den Ratsmitgliedern dar. Hier liegt Ostdeutschland relativ klar hinter den „alten“ Ländern. Noch offensichtlicher wird der Rückstand Ostdeutschlands, wenn man bei den westdeutschen Kommunen Nordrhein-Westfalen heraus rechnet, das ein anderes Wahlrecht hat als die anderen ost- und westdeutschen Kommunen. Nach Auffassung von Holtkamp und Wiechmann werden Frauen durch die nur in diesem Land zu vergebenen dezentralen Direktmandate benachteiligt. So begünstige die dezentralisierte Listenaufstellung größere Intransparenz mit der Konsequenz, dass bewährte, meist männliche Parteimitglieder bevorzugt und damit sogar parteiinterne Quotenregeln umgangen werden können. In diesem Kontext verweisen sie auf das Kommunalwahlrecht der anderen Bundesländer, in denen das Kumulieren und Panaschieren[19] Bürgerinnen und Bürgern mehr Wahl- und Partizipationsmöglichkeiten bieten würden.[20] Trotzdem sind Kommunalwahlen Personenwahlen, d. h. es kommt darauf an, dass Kandidatinnen und Kandidaten über einen gewissen Bekanntheitsgrad verfügen, um sich Wahlchancen ausrechnen zu können.

Neben den Großstädten standen kleine und mittelgroße Gemeinden im Fokus der Forschung. So schrieb das Bundesministerium des Inneren ein Forschungsprojekt zum Thema „Frauen in der Kommunalpolitik der Neuen Länder“ aus. In dessen Rahmen sollte die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen in ländlichen Regionen und Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern analysiert werden.[21] Hier besetzen Frauen bundesweit z. B. nur zwischen 7,7 Prozent (Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern) und 9,5 Prozent (Gemeinden mit 10.000 bis 50.000 Bewohnerinnen und Bewohnern) aller Bürgermeisterpositionen.[22] Aufgabe der Forscherinnen und Forscher war es daher, karrierehemmende

Bürgerschaft der Hansestadt Rostock
Quelle: Hansestadt Rostock

und -fördernde Faktoren herauszuarbeiten. Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, inwieweit kommunalpolitisches Engagement als Bleibe- oder Haltefaktor in ländlichen Regionen wirkt.[23]

Die Autoren kamen bei der Auswertung der quantitativen Gesamterhebung in 3.000 ostdeutschen Gemeinden zu folgenden Ergebnissen: Der Anteil von Frauen, die Landrätinnen waren, betrug 13,8 Prozent.[24] Auf Kreisebene wurde ein Frauenanteil von knapp 19,9 Prozent in den kommunalen Vertretungen und Gremien ermittelt. Hier wirkten sie vor allem ehrenamtlich. In Spitzenpositionen betrug ihr Anteil sogar nur 14,4 Prozent. Ähnlich sah es auf den Verbunds-/Verwaltungsebenen aus. Hier betrug der Frauenanteil in den Gremien nur 17,9 Prozent und in Spitzenpositionen lediglich 17,1 Prozent. Auf Gemeindeebene lag der Frauenanteil geringfügig höher (21,5 Prozent). Allerdings waren Frauen in Spitzenpositionen (z. B. ehrenamtliche Bürgermeisterinnen, Gemeinderats-, Ausschuss- oder Fraktionsvorsitzende) mit 13,5 Prozent deutlich unterrepräsentiert.[25]

In der Kommunalpolitik der neuen Länder zeigt sich, dass der Frauenanteil sinkt, je höher eine Position respektive das Mandat ist.[26]

Diese Befunde lassen sich z. T. auch auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen. Allerdings gibt es einige Besonderheiten, die nicht zuletzt durch die Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsentwicklung und regionale Prägungen bedingt sind. Sie haben Einfluss auf die Beantwortung der Frage, wie Frauen für politische Mandate gewonnen werden können.

2.2. DEMOGRAFISCHE UND STRUKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN SOWIE REGIONALE POLITISCHE KULTUR IN MECKLENBURG-VORPOMMERN[27]

Innerhalb der letzten 25 Jahre verringerte sich die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns um mehr als 295.000 Personen, davon 160.700 Frauen und 134.400 Männer.[28] Mecklenburg-Vorpommern ist mit 69 Personen pro km² das am dünnsten besiedelte Land der Bundesrepublik.[29]

Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich seit 1990 deutlich verändert. Das Durchschnittsalter lag Ende des Jahres 2011 bei 45,8 Jahren, d. h. war gegenüber 1990 um fast zehn Jahre gestiegen. Aufgrund der höheren Lebenserwartung lag das Durchschnittsalter von Frauen bei 47,4 Jahren und damit um 3,2 Jahre über dem der Männer (44,2 Jahre).[30]

Die Struktur des Landes ist landwirtschaftlich geprägt. Laut Statistischem Jahrbuch werden „zwei Drittel der Wirtschaftsfläche des Landes […] landwirtschaftlich genutzt. Entsprechend ist die Siedlungsstruktur durch einen hohen Anteil kleiner und mittlerer Siedlungen gekennzeichnet. 26,3 Prozent der 1,6 Millionen Einwohner leben in Gemeinden unter 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.“[31] Darüber hinaus gibt es im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern seit der Kreisgebietsreform die größten Landkreise in der Bundesrepublik.

Die Wirtschaft des Landes wird durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. 91 Prozent der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern haben weniger als zehn Beschäftigte.[32]

Ein weiterer wichtiger Prägefaktor ist die spezifische regionale politische Kultur Mecklenburg-Vorpommerns[33]. Philipp Huchel schreibt dazu: „So weist das Land zwar viele Gemeinsamkeiten mit den anderen ostdeutschen Ländern auf; historisch, geografisch und kulturell ist es aber vielmehr dem Norden als dem Osten verbunden. Die norddeutsche Prägung wird unter anderem daran deutlich, dass sich Mecklenburg historisch schon immer eher gen Hamburg orientierte, […].“[34] Nach der Herstellung der deutschen Einheit seien diese Verbindungen zum norddeutschen Raum[35] erneuert worden. Beispielhaft dafür stünden der „Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zum Norddeutschen Rundfunk (NDR) und die Aufnahme von Teilen des Landes in die Hamburger Metropolregion.“[36]

Die Zivilgesellschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern nur schwach ausgebildet.[37] Die Ursachen dafür sind die sich infolge des demografischen Wandels vollziehende Veränderung der Bevölkerungsstruktur und die Abwanderung vor allem junger Menschen. Zwischen 1999 und 2009 stagnierte die Zahl der freiwillig Engagierten bei 29 Prozent[38] (Bundesdurchschnitt: 36 Prozent[39]). Neuere Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, d. h. auch in Mecklenburg-Vorpommern, deutlich weniger Menschen aktiv sind als in den ländlichen Gebieten der alten Bundesrepublik. Dies falle „umso mehr ins Gewicht, weil in Ostdeutschland fast die Hälfte der Landesfläche auf den ländlichen Raum verteilt ist und in den vielen entlegenen Regionen, wo die öffentliche Daseinsvorsorge bereits bröckelt, bürgerschaftliches Engagement gerade besonders nötig wäre.“[40] Die Ursachen für das geringere Engagement sind vielschichtig. Vor allem die Abwanderung der jüngeren, tendenziell aktiveren Bevölkerung in die Städte, wirkt sich negativ aus.[41] Generell gilt, „je weniger Kinder in einer Region leben und je höher der Anteil an Menschen über 70 Jahren ist, desto geringer die Engagementquote.“[42]

„Daneben beeinflussen sozioökonomische Faktoren wie das Einkommen und der soziale Status die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die Bereitschaft ist bei Erwerbstätigen mit höheren Einkommen am stärksten und damit in den tendenziell einkommensschwächeren ländlichen Regionen Ostdeutschlands geringer ausgeprägt.“[43] Diese Befunde dürften auch für Mecklenburg-Vorpommern zutreffen.

Ein weiterer Prozess, der im Hintergrund stattfindet, ist der generationale Wechsel. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nimmt der Anteil der im geeinten Deutschland sozialisierten Bevölkerung zu. Selbst wenn die Erinnerung an „Normen und Werte“ der DDR-Gesellschaft noch familial und kollektiv weitergegeben werden, verändert sich die Gesellschaft.[44] Es ist zu erwarten, dass sich das auch im Untersuchungsfeld nachweisen lässt.

Diese demografischen, strukturellen und regionalen politischen Rahmenbedingungen sind nicht nur eine Herausforderung für die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch für all jene relevant, die mehr Frauen für politische Mandate gewinnen wollen. Sie müssen sich auf diese Bedingungen einstellen und neue Rekrutierungswege erschließen.

3. Frauen in der Politik in Mecklenburg-Vorpommern – Zahlen und Fakten

Im Jahr 2011 veröffentlichte das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern zum fünften Mal (nach 1994, 1997, 2000 und 2005) ein Sonderheft „Frauen in Mecklenburg-Vorpommern in Zahlen".[45] Darin wird festgestellt, dass, gemessen an ihrem Anteil an der wählbaren Bevölkerung von rund 51 Prozent, Frauen in Mecklenburg-Vorpommern schon bei den Bewerbungen um ein Abgeordnetenmandat in den demokratischen Vertretungen auf kommunaler Ebene, im Landtag oder im Bundestag stark unterrepräsentiert waren.

So stellten sie bei den Wahlen im Jahr 2009 mit 24,3 Prozent (Kommunalwahl), 25,0 Prozent (Bundestagswahl) und auch bei der Landtagswahl 2011 mit 23,5 Prozent nur bis zu einem Viertel der Bewerberinnen und Bewerber. Bei der Europawahl 2009 erreichte der Frauenanteil unter den Bewerbungen mit 31,6 Prozent das höchste Niveau.[46] Interessanterweise scheint es jedoch so zu sein, dass Kandidatinnen von den Parteien durchaus auf aussichtsreiche Listenplätze gesetzt werden und daher größere Chancen haben, gewählt zu werden. So ist der Anteil der gewählten Frauen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 zumeist höher als der Frauenanteil unter den Bewerberinnen und Bewerbern um ein Abgeordnetenmandat.[47] Unmittelbar nach der Wahl 2011 waren von den 71 Landtagsabgeordneten 20 Frauen und 51 Männer (Frauenanteil: 28,2 Prozent; Anteil an den Bewerberinnen und Bewerbern: 23,5 Prozent). Insgesamt gesehen scheint sich bezüglich der Entwicklung des Frauenanteils unter den Landtagsabgeordneten die These zu bestätigen, dass es bis Anfang der 2000er Jahre eine kontinuierliche Steigerung gab und danach Stagnation bzw. Rückgang einsetzte.[48] Waren im Jahr 1990 lediglich 14 der 66 (21,2 Prozent) Landtagsabgeordneten Frauen, so waren es im Jahr 2000 bereits 34,4 Prozent (23 weibliche und 50 männliche Abgeordnete), d. h. innerhalb von zehn Jahren wurde eine Steigerung von mehr als 13 Prozent erreicht.[49] Vergleicht man diese Daten mit denen der letzten Landtagswahl (Frauenanteil 28,2 Prozent), dann ist der Frauenanteil seitdem um sechs Prozent gesunken.

Kreistag Ludwigslust-Parchim
Quelle: Landkreis Ludwiglust-Parchim

3.1. DIE LANDESEBENE

In Mecklenburg-Vorpommern fanden seit der Landesneugründung 1989/90 sechs Landtagswahlen statt. Seit der ersten Wahl am 14. Oktober 1990 saßen bis heute insgesamt 228 Abgeordnete von sechs Parteien[50] im Schweriner Schloss. 63 davon waren Frauen, das entspricht einem Anteil von 27,63 Prozent (Abb. 1).

GESCHLECHTERZUGEHÖRIGKEIT
SEIT 1990 ABSOLUT

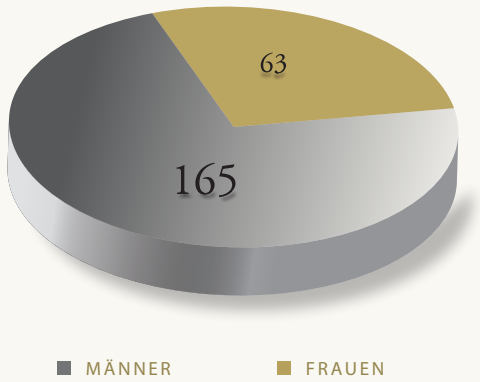


Abbildung 1
Quelle: Eigene Darstellung

Der durchschnittliche Bildungsgrad der Parlamentarierinnen und Parlamentarier war und ist sehr hoch. In Tabelle 1 sind alle mit „eins“ codierten Abgeordneten im Besitz eines Hochschulabschlusses (Fachhochschule, Universität oder vergleichbar). Jene mit „zwei“ haben eine Berufsausbildung (also mind. mittlere Reife oder Abitur) oder gaben im Datenhandbuch des Landtages eine im Bereich Kultur verortete Tätigkeit an. Da die Angaben auf Freiwilligkeit beruhen und sich im Verlauf der Legislaturperioden bei einigen auch geändert haben, sollte die Verlässlichkeit nicht überschätzt werden. Ungeachtet dessen scheint sich die These von Christian Welzel in der Potsdamer Elitenstudie der 1990er Jahre, wonach sich die Resteliten der DDR von der nationalen Ebene auf die Länderebene begeben haben, für Mecklenburg-Vorpommern zu bestätigen.[51] Die nachwachsende Generation, welche nicht mehr primär in der DDR sozialisiert wurde,[52] behält die, für die alten Bundesländer nicht selbstverständliche, sehr hohe Bildungsqualifikation bei. Bei einem geschlechtsspezifischen Vergleich des Bildungsgrads fällt auf, dass Frauen häufiger über einen Hochschulabschluss verfügen als Männer (85,71 zu 79,39 Prozent).

Aufschlussreich ist die Entwicklung des Anteils von Männern und Frauen im Landtag seit 1990. Es zeichnet sich zunächst ein Anstieg von 18,42 Prozent 1990 bis 1994 über 29,17 (1994 bis 1998) zu 35,53 Prozent in der Legislaturperiode 1998 bis 2002 ab. 2002 bis 2006 wurde dieser Wert mit 34,25 Prozent nahezu bestätigt, ist aber seitdem wieder rückläufig. So gab es 2006 bis 2011 mit 25,68 Prozent den zweitniedrigsten Stand. Es lässt sich zeigen, dass dies nicht zuletzt an den kleinen, größtenteils diskontinuierlich in den Landtag eingezogenen Parteien liegt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP und NPD). Seit 2011 liegt der Wert bei 29,33 Prozent und damit zwar knapp sechs Prozent unter dem Höchststand, aber immer noch zwei Prozent über dem Gesamtschnitt seit 1990 (Abb. 2).

Längsschnittdarstellungen zum Geschlechterverhältnis sind nur bei der CDU, DIE LINKE und der SPD möglich. Alle anderen Parteien waren nur temporär mit Mandaten ausgestattet. Im Falle der rechtsextremen NPD ist das Thema „Frauenanteil“ augenfällig. Unter den bisher sieben Abgeordneten befand sich seit 2006 keine einzige Frau.

Die Reihung erfolgt daher zunächst alphabetisch und dann nach Anzahl der Legislaturperioden, die die jeweilige Partei im Landtag vertreten war.[53] Dadurch ergibt sich ein deutlich differenziertes Bild zum oben dargestellten Durchschnitt (Abb. 1 und 2).

Für die CDU zeigt sich durch den sukzessiven Verlust von Parlamentsmandaten, bei gleichzeitiger Verdoppelung des absoluten Frauenanteils zur Legislaturperiode 2002 bis 2006, ein Anstieg von 7,89 auf 24,00 Prozent. Nach der Wahl 2011 waren nur noch zwei Frauen unter 19 Mandatsträgern der CDU-Landtagsfraktion. Der Frauenanteil lag damit bei 10,53 Prozent. Er kann folglich als konstant niedrig bezeichnet werden (Abb. 3)

BILDUNGSGRAD DER ABGEORDNETEN
1990 BIS 2011

GRAD	MÄNNER	FRAUEN
1	131	54
2	34	9

Tabelle 1
Quelle: Eigene Darstellung

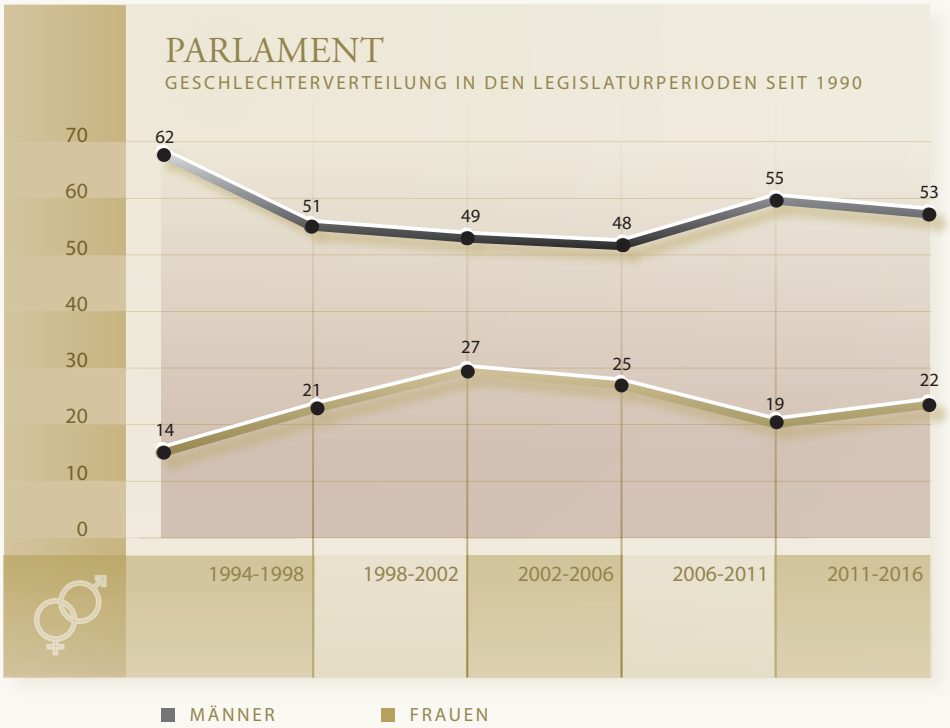


Abbildung 2
Quelle: Eigene Darstellung

Prozente:

1990-1994:	18,42 %;
1994-1998:	29,17 %;
1998-2002:	35,53 %;
2002-2006:	34,25 %;
2006-2011:	25,68 %;
seit 2011:	29,33 %

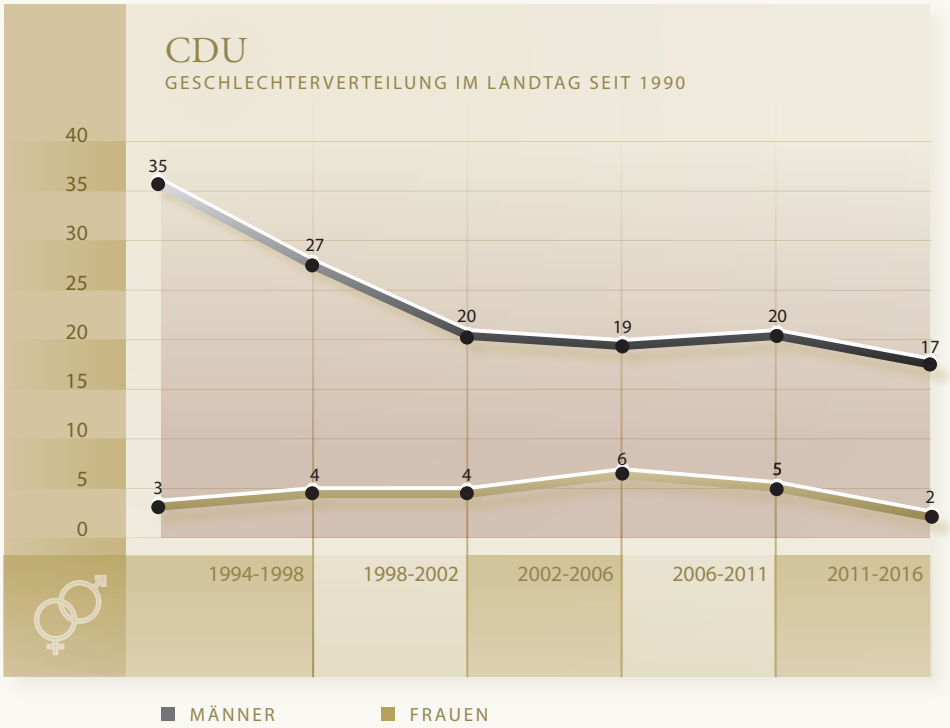


Abbildung 3
Quelle: Eigene Darstellung

Prozente:

1990-1994:	07,89 %;
1994-1998:	12,90 %;
1998-2002:	16,67 %;
2002-2006:	24,00 %;
2006-2011:	20,00 %;
seit 2011:	10,54 %

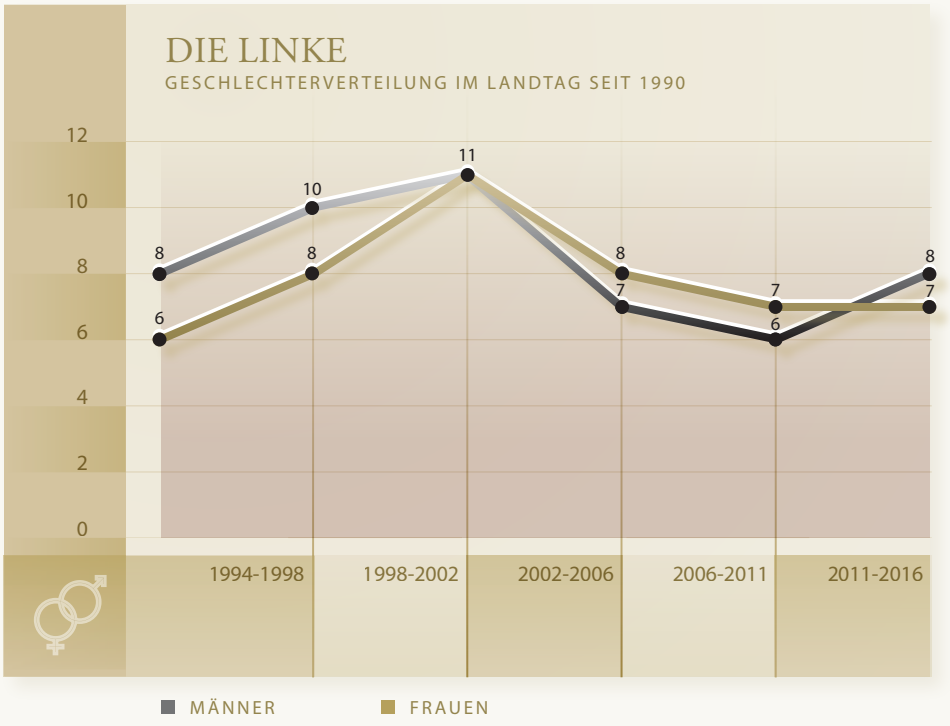


Abbildung 4
Quelle: Eigene Darstellung

Prozente:

1990-1994:	42,86 %;
1994-1998:	44,44 %;
1998-2002:	50,00 %;
2002-2006:	53,33 %;
2006-2011:	53,58 %;
seit 2011:	46,67 %

Bei der Partei DIE LINKE ist der Ansatz der paritätischen Sitzvergabe seit 1990 in den Daten nachweisbar. 1990 bis 1994 lag der Tiefstwert bei 42,86 Prozent. Von 2006 bis 2011 wurde mit 53,33 Prozent der Höchstwert erreicht. Die Ausschläge nach unten, seit 2011 „nur“ 46,67 Prozent, sind damit eher dem Faktor „Erlangung von Direktmandaten“ (gelingt i. d. R. eher Männern) und möglicherweise den grundsätzlichen Rekrutierungswerten zuzuschreiben (Abb. 4).

Bei der SPD ist seit 1990 das Bemühen zu erkennen, den Frauenanteil zu erhöhen. So wurde von der ersten Legislaturperiode zur dritten, bei einem Anstieg der Zahl der Mandate von 20 auf 30, der Frauenanteil überproportional von 20 auf 40 Prozent erhöht. Seitdem ist dieser Wert allerdings auf ca. 30 Prozent zurückgegangen. Der neuerliche Mandatsanstieg zur Wahl 2011 hat bei leichter Verbesserung den Trend bestätigt (Abb. 5).

Abbildung 5
Quelle: Eigene Darstellung

Prozente:

1990-1994:	20,00 %;
1994-1998:	39,13 %;
1998-2002:	40,00 %;
2002-2006:	33,33 %;
2006-2011:	26,09 %;
seit 2011:	30,00 %

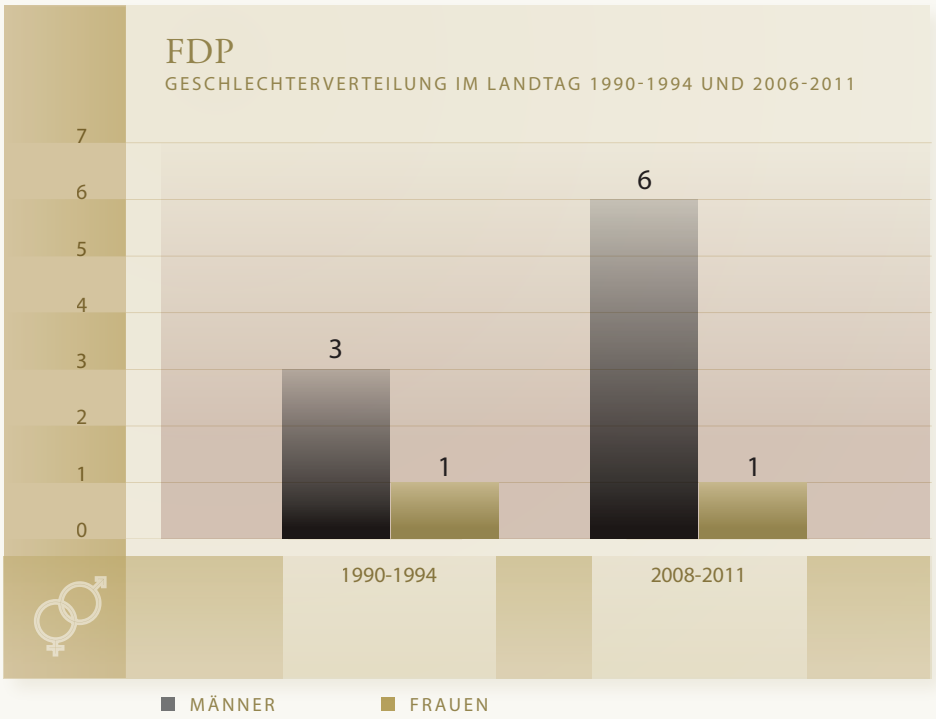


Abbildung 6

Quelle: Eigene Darstellung

Für die FDP ergibt sich eine uneinheitliche Entwicklung. Die punktuelle Darstellung zeigt, dass die Partei in beiden Fällen je eine Frau ins Parlament entsandte, die restliche Fraktion wurde jeweils von Männern „aufgefüllt". Prozentual reduziert sich der Frauenanteil dadurch von 25,00 auf 14,29 Prozent (Abb. 6). Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfügt über den höchsten Frauenanteil aller bisher im Parlament vertretenen Parteien. Seit 2011 sind vier von sieben Abgeordneten Frauen. Diese 57,14 Prozent sind in Ermangelung eines Vergleichspunktes allerdings nicht weiter aussagekräftig. Ein möglicher Wiedereinzug in den Landtag nach den Wahlen im Jahr 2016 könnte hier aufschlussreich sein. Die Praxis der Partei, über die Listenzusammenstellungen Parität zu garantieren, scheint dafür zu sprechen, dass dieser Anteil annähernd wieder erreicht wird. Lediglich errungene Direktmandate könnten dieses Verhältnis beeinflussen (Abb. 7).

Abbildung 7

Quelle: Eigene Darstellung

ALLE PARTEIEN
RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 1990

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	46,10	1,93	2,09
Frauen	42,97	2,05	1,98

Tabelle 2

Quelle: Eigene Darstellung

CDU
RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 1990

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	47,57	1,80	2,33
Frauen	37,33	2,00	1,33

Tabelle 4

Quelle: Eigene Darstellung

CDU, DIE LINKE, SPD
RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 1990

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	46,90	2,04	2,09
Frauen	43,16	2,16	1,99

Tabelle 3

Quelle: Eigene Darstellung

DIE LINKE
RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 1990

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	47,73	2,23	2,14
Frauen	42,52	2,04	2,00

Tabelle 5

Quelle: Eigene Darstellung

SPD
RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 1990

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	45,43	2,32	1,21
Frauen	44,96	2,26	2,35

Tabelle 6

Quelle: Eigene Darstellung

Neben den Daten zum Frauenanteil im Parlament und je Fraktion sind die Indikatoren Eintrittsalter, Verweildauer und Kinderzahl im Durchschnitt von Interesse. Die Reihenfolge wird wiederum zunächst alphabetisch und dann nach Anzahl der Legislaturperioden geordnet.

Betrachtet man das gesamte Parlament, so ist das Eintrittsalter mit 46,10 Jahren bei Männern gut drei Jahre höher als das von Frauen. Die Verweildauer liegt bei männlichen Mandatsträgern um 0,12 Legislaturperioden unter der von weiblichen Abgeordneten. Dafür haben Männer im Schnitt 0,10 Kinder mehr.

Der Vergleich der drei kontinuierlich im Parlament vertretenen Parteien führt zu einem ähnlichen Bild. Das Eintrittsalter steigt und männliche Abgeordnete sind fast vier Jahre älter als weibliche. Die Verweildauer erhöht sich ebenfalls und fällt deutlicher zu Gunsten der Frauen aus. Dafür verändert sich der Abstand bei der Zahl der Kinder.

In der CDU-Fraktion sind Frauen im Schnitt zehn Jahre jünger als die Männer. Letztere liegen altersmäßig zudem anderthalb Jahre über den Gesamtschnitt aller Landtagsabgeordneten. Ihre Verweildauer liegt unter dem Durchschnitt und bei der Kinderzahl ist die Diskrepanz zwischen den weiblichen und männlichen Mandatsträgern der CDU sehr groß. Männer haben fast doppelt so viele Kinder in ihrem Haushalt.

Bei der Partei DIE LINKE sind die Werte Eintrittsalter, Verweildauer und Kinderzahl in der Nähe des Gesamtschnitts des Parlaments. Dabei sind Frauen beim Eintritt in das Parlament im Schnitt fünf Jahre jünger als die Männer ihrer Fraktion. Sie verweilen allerdings auch kürzer im Parlament. Das gilt auch im Vergleich mit allen Landtags- und Unionsabgeordneten.

Bei der SPD sind die Männer etwas jünger und die Frauen etwas älter als im Gesamtschnitt. Die Verweildauer ist deutlich höher als bei den anderen Parteien und liegt relativ dicht beieinander. In der SPD haben die Parlamentarierinnen deutlich mehr Kinder als die männlichen Mandatsträger.

FDP

RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT VON 1990-1994 UND 2006-2011

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	42,44	1,00	1,44
Frauen	35,50	1,00	2,50

Tabelle 7

Quelle: Eigene Darstellung

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 2011

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	45,33	1,00	2,00
Frauen	44,00	1,00	1,00

Tabelle 9

Quelle: Eigene Darstellung

NPD

RELEVANTE RAHMENDATEN IM DURCHSCHNITT SEIT 2006

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
Männer	38,43	1,57	0,86
Frauen	0,00	0,00	0,00

Tabelle 8

Quelle: Eigene Darstellung

Die Tabellen 7-9 sollen nicht im Detail beschrieben werden. Es zeigt sich, dass die „kleinen“ Parteien den Altersschnitt und die Verweildauer (vgl. Tab. 2) nach unten ziehen. Die Durchschnittswerte sind in Ermangelung mehrerer Datenpunkte weniger aussagekräftig.

Mit Blick auf die NPD fällt auf, dass die Partei, die ideologisch den Kinderreichtum in den (deutschen) Familien fördern möchte, in der Person ihrer Parlamentarier nicht mit gutem Beispiel voran geht.

Kreistag Nordwestmecklenburg

Quelle: Landkreis Nordwestmecklenburg

Zusammengefasst lässt sich für die Landesebene Mecklenburg-Vorpommerns nachweisen, dass es bis Mitte der 2000er Jahre einen Anstieg des Frauenanteils in der Landes- und Kommunalpolitik gegeben hat. Danach fällt der Wert ab und stagniert in der Nähe des Langzeitdurchschnitts. Wesentlichen Einfluss auf diesen Trend hatte der Einzug der FDP und der NPD 2006 in das Landesparlament. Die FDP drückte mit nur einer Frau unter sieben Abgeordneten den Durchschnitt. Die Rechtsextremisten hatten bisher noch nie eine Mandatsträgerin im Landtag. Der leichte Anstieg nach der Wahl 2011 wurde sowohl durch das sehr gute Wahlergebnis für die SPD als auch durch den Einzug von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beeinflusst.

Bei den Indikatoren „Verweildauer" und „Anzahl der Kinder" mit Blick auf die Geschlechter ist vor allem der Vergleich zwischen den drei ständig im Landtag vertretenen Parteien interessant. Deutlich sichtbar wird hier der Gegensatz zwischen CDU und SPD. Während die Union zwar anteilig männerdominiert ist, verweilen CDU-Frauen im Schnitt länger im Parlament. Im Gegenzug haben sie deutlich weniger Kinder als die Männer (pro Familie). Bei der SPD stellt sich dieses Verhältnis umgekehrt da. Die Männer verweilen länger, haben im Schnitt aber nur halb so viele Kinder wie SPD-Mandatsträgerinnen. Frauen sind im Umkehrschluss etwas kürzer im Amt, bekommen dafür aber anteilig mehr Kinder. DIE LINKE ist bei diesen Parametern eher mit der SPD vergleichbar, wobei hier Männer und Frauen ähnlich viele Kinder haben. Bei der CDU entsteht der Eindruck, dass die landes- oder kommunalpolitische Karriere von Mandatsträgerinnen zu Lasten ihrer Familienplanung geht, während bei den Mandatsträgerinnen und -trägern der SPD die Männer eher auf Kinder verzichten. Auch wenn man das sog. „Eintrittsalter" berücksichtigt, bestätigen sich diese Zahlen. So sind die Parlamentarierinnen der CDU gut sieben Jahre jünger als ihre Pendants von der SPD. Letztere scheinen also erst in die Politik zu gehen, wenn die Kinder „aus dem Gröbsten heraus" sind. Ein anderes Argument wäre die Vermutung, dass der Weg in die Landespolitik parteiintern so „lang" ist, dass der Eintritt entsprechend spät erfolgt – „Ochsentour" oder Karriereleiter. Bei der Partei DIE LINKE sind die Frauen im Schnitt fünf Jahre jünger als die Männer. Bei allen anderen Werten gibt es kaum gravierende Unterschiede.

Der Blick auf die Bundesebene zeigt, dass durchaus paritätische Verhältnisse zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten möglich sind. Noch 2009 waren von den 14 Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern fünf weiblich und neun männlich (Frauenanteil: 35,7 Prozent; Anteil an den Bewerberinnen und Bewerbern: 25,0 Prozent). Nach den Bundestagswahlen 2014 waren sechs der 13 Abgeordneten weiblich, der Frauenanteil betrug folglich 46 Prozent.[54] Selbst wenn dieses Ergebnis durch einen spezifischen Wahlzuspruch in Verbindung mit Besetzung von Listenplätzen und Bewerbung auf Direktmandate bedingt ist, kann von einem – zumindest temporären – Erfolg gesprochen werden. Dies wird auch daran deutlich, dass unter den Bewerberinnen und Bewerbern der Frauenanteil nur bei 34,1 Prozent gelegen hatte.[55]

Anders sieht es dagegen in den Kreistagen der Landkreise und Stadtvertretungen sowie Bürgerschaften der kreisfreien Städte aus. Unter den 863 Abgeordneten, die 2009 gewählt wurden, waren 206 Frauen (23,9 Prozent). Der Anteil an den Bewerberinnen und Bewerbern hatte dagegen bei 24,3 Prozent gelegen.

Ins Europäische Parlament schaffte es bis zum Jahr 2009 keine einzige weibliche Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern.[56] Das änderte sich erst im Jahr 2014, als mit Iris Hoffmann (SPD) zum ersten Mal eine Frau aus Mecklenburg-Vorpommern ins EU-Parlament gewählt wurde. Mecklenburg-Vorpommern wird seitdem von vier Männern (Werner Kuhn/CDU; Reinhard Bütikofer/BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Arne Gericke/Familien-Partei Deutschlands; Helmut Scholz/DIE LINKE) und einer Frau im EU-Parlament vertreten. Allerdings fällt bei der Durchsicht „der Listenbesetzung der Parteien zur Europawahl […] auf, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern"[57] nur selten und wenn, dann eher auf mittleren bis hinteren Positionen zu finden waren. „Während die CDU mit eigenen Landeslisten antrat und dort Werner Kuhn auf Listenplatz eins setzte – es gab allerdings auch nur zwei Plätze – findet sich bei der SPD erst auf Listenplatz 26 die Kandidatin aus Mecklenburg-Vorpommern […]. Die anderen Parteien stellten wenn, dann nur einen Platz für Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Bundesland zur Verfügung."[58]

Gemessen am Frauenanteil an der wahlberechtigten Bevölkerung bleibt bis zu einer paritätischen Vertretung von Frauen und Männern in der Politik Mecklenburg-Vorpommerns und in der EU noch viel zu tun. Das zeigt sich auch bei dem Vergleich des Frauenanteils in den Landesparlamenten in den ostdeutschen Ländern. Hier bildet der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht.[59]

Anders sieht die Situation aus, wenn verglichen wird, welche hohen politischen Ämter der Länder von Frauen wahrgenommen werden. Bundesweit gab es Ende 2011 insgesamt 242 Staatssekretärinnen, Staatssekretäre, Staatsrätinnen, Staatsräte, Ministerialdirektorinnen und Ministerialdirektoren. Durch-

schnittlich 25,6 Prozent dieser Leitungspositionen besetzten Frauen. In der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns waren 30 Prozent dieser Posten in der ersten und zweiten Leitungsebene in weiblicher Hand. Damit lag das Land 2011 in dieser Kategorie deutlich über dem Bundesdurchschnitt.[60]

Nimmt man die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns in den Blick, so hatten Frauen seit 1990 die Ministerien Finanzen (durchgängig), Umwelt, Bildung, Justiz und Soziales inne. In die Position einer Staatssekretärin wurden mit Dr. Gabriele Wurzel (1992-1994 Chefin der Staatskanzlei, 1994-1998 Beauftragte des Landes beim Bund) und ab 1994 bis 2011 als parlamentarische Staatssekretärinnen für Frauen- und Gleichstellung – Karla Staszak (1994-2002) und Dr. Margret Seemann (2002-2011) – eine sehr geringe Zahl von Frauen berufen. Letzteres Themenfeld wurde von 1990 bis 1994 durch eine Abteilungsleiterin im Sozialministerium wahrgenommen. Seit 2011 ist es dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Gestalt der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung zugeordnet. Nach der letzten Landtagswahl (2011) waren es erstmals drei Staatssekretärinnen: Justizministerium (Birgit Gärtner), Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung (Ina-Maria Ulbrich) sowie die Bevollmächtigte des Landes beim Bund (Dr. Pirko Kristin Zinnow).

Seit 1990 gab es nie mehr als drei weiblich besetzte Ministerien und drei Staatssekretärinnen gleichzeitig. Letztgenannte Kombination stellt dabei in der sechsten Legislaturperiode einen Höhepunkt dar.

Die Kontinuitäten sind häufig an ein und dieselbe Person gebunden. So gab es in der Landesregierung insgesamt nur elf Frauen mit Ministerrang:

- Dr. Petra Uhlmann (CDU), Umweltministerin (1990-1994)
- Bärbel Kleedehn (CDU), Finanzministerin (1990-1996) und Ministerin für Bau, Landesentwicklung und Umwelt (1996-1998)
- Sigrid Kehler (SPD), Finanzministerin (1996-2008)
- Heike Polzin (SPD), Finanzministerin (seit 2008)
- Steffie Schnoor (CDU), Kultusministerin (1992-1994)
- Regine Marquardt (SPD), Kultusministerin (1994-1998)
- Uta Maria Kuder (CDU), Justizministerin (seit 2006)
- Dr. Martina Bunge (PDS), Ministerin für Gesundheit und Soziales (1998-2002)
- Dr. Marianne Linke (PDS), Sozialministerin (2002-2006)
- Manuela Schwesig (SPD), Ministerin für Soziales und Gesundheit (2008-2011) sowie Arbeit, Gleichstellung und Soziales (2011-2013)
- Birgit Hesse (SPD), Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales (seit 2013)

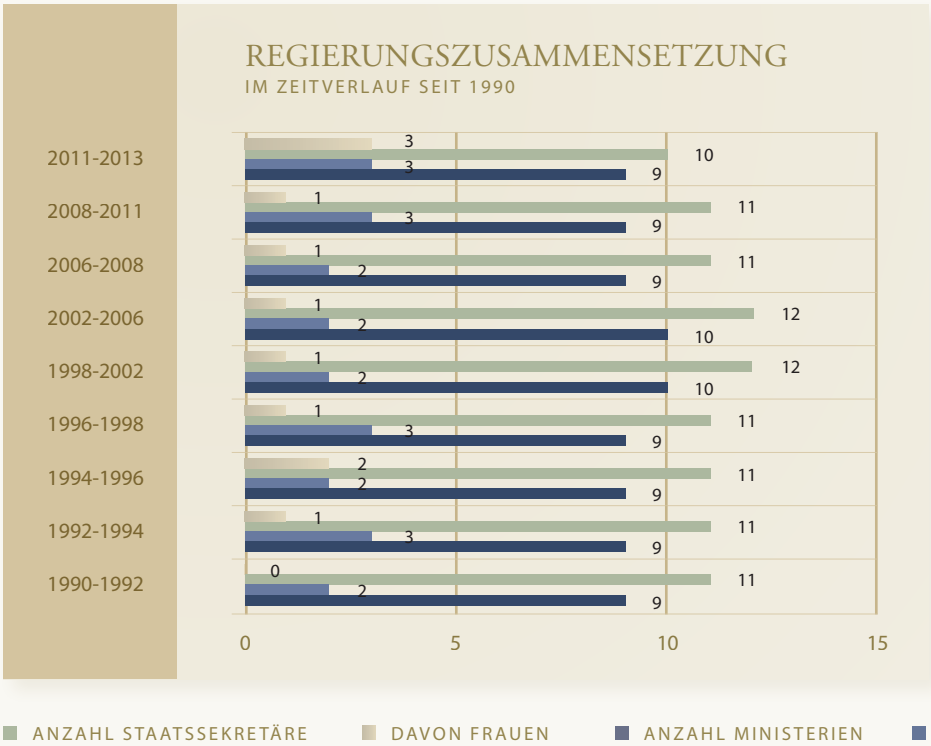


Abbildung 8

Quelle: Eigene Darstellung

Gemessen an den Möglichkeiten der jeweiligen Ministerpräsidenten, die seit 1990 insgesamt 83 Ministerposten besetzen konnten (einschließlich des Postens des Ministerpräsidenten), bleibt der Frauenanteil mit lediglich 22 Positionen (26,5 Prozent) in den Landesregierungen deutlich verbesserungswürdig (siehe Abb. 8).

Zusammenfassend kann im Langzeitschnitt zur Landesregierung festgehalten werden, dass seit 1990 lediglich elf Frauen ein Ministerium geführt haben. Darüber hinaus scheint es Ressorts zu geben, in denen Frauen am ehesten eingesetzt werden. So war bisher das Finanzministerium durchgängig weiblich besetzt. In der seit 1998 von der SPD-geführten Regierung und stärker noch unter Ministerpräsident Erwin Sellering scheint zudem die Regel zu gelten, dass bei der Neubesetzungen von Ministerposten dem Muster gefolgt wird: „Frau folgt Frau bzw. Mann folgt Mann".

3.2. DIE KOMMUNALE EBENE

Interessant sind die Zahlen bezüglich des kommunalpolitischen Engagements. Auch wenn der Frauenanteil unter den Kommunalpolitikerinnen und -politikern mit 25 Prozent etwa ein Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt, belegt Mecklenburg-Vorpommern damit Rang zwei unter den ostdeutschen Ländern.[61] Deutliche Unterschiede gibt es jedoch zwischen den beiden Landesteilen. Während in der Kommunalpolitik in Mecklenburg der Frauenanteil zwischen 21 und 38 Prozent liegt, werden in Vorpommern nur 15 bis 23 Prozent erreicht.[62]

Auf der kommunalen Ebene stehen Kreistage in den Großkreisen und die Stadtparlamente der kreisfreien Städte im Focus. Dabei wird zwischen dem Frauenanteil unter den Kandidaten (linke Spalte) und den am 25. Mai 2014 gewählten Abgeordneten (rechte Spalte) unterschieden (siehe Tab. 10).

Auf dieser Ebene ergibt sich ein ähnliches, aber teilweise anders begründetes Bild als auf der Landesebene. Die relative Nähe zwischen Frauen- und Männeranteil, die sich beispielsweise in Rostock zeigt, ist eine Besonderheit, die durch kleine Parteien, die auf die „Quote" Wert legen, erreicht wird. Die kommunal dominante CDU „senkt" durch ihre Listenzusammenstellung und ihre sehr starken Wahlergebnisse den Gesamtdurchschnitt. Das fällt besonders im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte auf. Die Städte haben i.d.R. einen höheren Frauenanteil. Aber lediglich die Rostocker Bürgerschaft rangiert – zum Teil auch bedingt durch die Schwäche der CDU in der Stadt – in der Nähe eines 40-prozentigen Frauenanteils. Die Differenz zwischen Stadt und Land zeigt sich beim Vergleich der beiden Stadtparlamente mit den Kreistagen. Bei letzteren liegt der Frauenanteil gut zehn Prozent niedriger.

KREISE UND KREISFREIE STÄDTE
GESCHLECHTERVERTEILUNG IM ÜBERBLICK

	WAHLVORSCHLAG			WAHLERGEBNIS 2014		
	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
LK NWM	281	72	**25,62**	61	19	**31,15**
LK LUP	396	102	**25,76**	77	17	**22,08**
LK ROSTOCK	309	59	**19,09**	69	15	**21,74**
LK MSE	362	83	**22,93**	76	11	**14,47**
LK V-R	309	89	**28,80**	69	16	**23,19**
LK V-G	360	77	**21,39**	69	16	**23,19**
SCHWERIN	174	55	**31,61**	45	12	**26,67**
ROSTOCK	187	57	**20,48**	53	22	**41,51**
Ø LAND	2378	594	**24,98**	519	128	**24,66**
Ø KREISE	2017	482	**23,90**	421	94	**22,33**
Ø STÄDTE	367	112	**30,52**	98	34	**34,69**

Tabelle 10
Quelle: Eigene Darstellung

Im Gesamtschnitt zeigt sich, dass der Anteil von Frauen unter den Kandidaten im Regelfall niedriger ist als ihr Anteil im Parlament. Das deutet darauf hin, dass die Parteien – mit Ausnahmen wie z. B. die AfD – ihre Kandidatinnen durchaus auf gute Listenplätze setzen.

Eine Spitzenposition erreichte Mecklenburg-Vorpommern bei der Beteiligung von Frauen an den Verwaltungsspitzen von Landkreisen, Stadtkreisen oder kreisfreien Städten. Bundesweit waren zum Stand Dezember 2011 von 435 Verwaltungsspitzen 8,3 Prozent oder absolut 36 mit Frauen besetzt. Vieles spricht dafür, dass in Mecklenburg-Vorpommern die gesellschaftliche Anerkennung kommunalpolitischer Führungs- und Leitungskompetenzen von Frauen durch die Wählerinnen und Wähler bzw. die für die Wahl verantwortlichen politischen Organe zunehmend anerkannt wird und Frauen im Land bereit sind, sich auf solche Ämter zu bewerben.[63] Konkret sieht die Situation[64] in Mecklenburg-Vorpommern so aus, dass auf der Ebene der Landkreise Frauen zwei der sechs Landratspositionen besetzen. Vergleichbar stellt sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf Kreistagsebene dar. Hier sind 33 Prozent der Präsidien in den Kreistagen mit Frauen besetzt (zwei von sechs).[65] Die durchaus einflussreichen Positionen der Fraktionsvorsitzenden in den Kreistagen werden dagegen überwiegend von Männern beherrscht (81,8 Prozent Männer; 18,2 Prozent Frauen).[66] Alle Frauen in den genannten Führungspositionen gehören etablierten Parteien an.[67]

In den Gemeindevertretungen Mecklenburg-Vorpommerns steht relativ selten eine Frau an der Spitze. Nach Angaben des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern (Stand: September 2011) sind nur 154 von 737 ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern (20,9 Prozent) Frauen.[68] Es gibt allerdings regionale Unterschiede. So regierten in den ehemaligen Landkreisen Ludwigslust, Nordvorpommern und Rügen mehr Bürgermeisterinnen als Bürgermeister.[69] In hauptamtlichen und geschäftsführenden Gemeinden haben 10 von 66 Gemeinden (15,2 Prozent) eine Bürgermeisterin. An der Spitze der Verwaltung der beiden kreisfreien Städte Schwerin und Rostock ist das Geschlechterverhältnis aktuell ausgeglichen.[70] Unter den Gemeinderatsmitgliedern sind 25,8 Prozent Frauen.[71] Der Fraktionsvorsitz in den Gemeinderäten liegt dagegen zu 80 Prozent in Männerhand.[72]

Betrachtet man die Entwicklung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten, lässt sich z. B. für Neubrandenburg und Rostock feststellen, dass es zwischen 1990 und 1999 eine kontinuierliche Steigerung gegeben hat. In Neubrandenburg stieg er von 26,7 Prozent (1990) auf 35,6 Prozent (1999)[73] und in Rostock sogar um fast 20 Prozent (von 25,4 auf 45,3 Prozent – 2004).[74] Damals saßen 24 Frauen und 29 Männer in der Bürgerschaft. Im Ergebnis der Kommunalwahl 2014 muss ein Rückgang des Frauenanteils verzeichnet werden. Nunmehr sitzen 22 Frauen und 31 Männer in der Rostocker Bürgerschaft.[75] Der Frauenanteil ist folglich seit 2004 um knapp vier Prozent zurück gegangen und stagniert bei 41,5 Prozent. Trotzdem nimmt die Hansestadt damit eine Spitzenposition in Mecklenburg-Vorpommern ein. In der Landeshauptstadt Schwerin beträgt der Frauenanteil unter den Kommunalpolitikern 2014 lediglich 29 Prozent, wobei es gegenüber den Wahlen 2009 eine Steigerung um vier Prozent gab.[76] Im Kommunalparlament des Landkreises Nordwestmecklenburg beträgt der Frauenanteil 25,3 Prozent (2014).[77] Vergleichbares gilt für den Landkreis Rostock. Hier macht der Frauenanteil nur 23,1 Prozent aus.[78] Etwas positiver stellt sich die Situation im Landkreis Vorpommern-Rügen mit einem Frauenanteil von 29,1 Prozent dar.[79] Sehr niedrig ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Landkreistag Vorpommern-Greifswald. Hier besetzen Frauen lediglich 15 der 69 Abgeordnetenmandate (22 Prozent).[80] Im Landkreis Ludwigslust-Parchim stellte sich die Situation ähnlich dar. Zur Landtagswahl kandidierten 102 Frauen (ca. 26 Prozent) und 294 Männer. Am Ende saßen im neu gewählten Kreistag lediglich 17 weibliche Abgeordnete (22 Prozent).[81] Noch unbefriedigender ist das Geschlechterverhältnis im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Nur zwölf der insgesamt 77 Abgeordneten sind Frauen, d. h. Männer verfügen über fast 85 Prozent der Mandate. Unter den Kandidatinnen und Kandidaten, die zur Kommunalwahl im Landkreis antraten, hatte der Frauenanteil noch bei 22 Prozent gelegen.[82]

Wertet man die Daten in Tabelle 10 nach dem oben erläuterten Prinzip (Kandidatinnen und Kandidaten – linke Spalte; Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – rechte Spalte) aus, so ergeben sich beim Blick auf die einzelnen Kreise und kreisfreien Städten zahlreiche Varianzen.

Interessant ist bei dieser Einzelbetrachtung vor allem, welche Partei den Schnitt bestimmt, also ob die SPD oder DIE LINKE bzw. die mecklenburg-vorpommersche Kommunalpartei CDU die meisten Sitze gewinnt. Weiter lohnt der Blick auf den „Umsatz“ von der Liste zur Fraktion. Also auf die Veränderung des Frauenanteils vor und nach der Wahl, allerdings mit der Einschränkung, dass natürlich durch Kumulieren und Panaschieren der Listenplatz nur bedingt Einfluss auf den Einzug ins Parlament hat. Letztlich sind die kleinen Parteien und Wählergemeinschaften in gleicher Weise interessant. Es wird sich zeigen, dass diese entweder einen sehr hohen „Umsatz“ haben oder gar keinen – und dies zum Teil schon im Kandi-

datenverhältnis angelegt ist. Einzelbewerbungen werden nicht gesondert erhoben, weil sie a) kaum nennenswert Wahlerfolge verbuchen können und b) zu nahezu 100 Prozent von Männern gestellt werden.[83]

Für den Landkreis Nordwestmecklenburg ergibt sich das einmalige Bild, dass die SPD mehr und DIE LINKE beinahe genauso viele Bewerberinnen und Bewerber nominiert hatten wie die CDU. Auffällig ist, dass bei den beiden erstgenannten Parteien der Frauenanteil nach der Wahl deutlich ansteigt, während er bei der Union nahezu identisch bleibt. Bei der AfD zeigt sich eine klassische „Auffüllung" der Liste mit Frauen. Unter den drei Gewählten war keine Frau. Sonst kann gelten, je stärker die CDU und die nicht zentral auf Parität setzenden Klein- und Kleinstparteien gewählt werden, umso geringer ist der Frauenanteil in den Vertretungen. Die Herausforderung des Kumulierens und Panaschierens für die gleichberechtigte Besetzung von Mandaten ist allerdings in gleicher Weise zu sehen (siehe Tab. 11-17).

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

	WAHLVORSCHLAG			WAHLERGEBNIS 2014		
PARTEI	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	53	12	**22,64**	18	4	**22,22**
SPD	63	12	**19,05**	15	5	**33,33**
DIE LINKE	49	17	**34,69**	11	6	**54,54**
B90/GRÜNE	11	6	**54,54**	3	2	**66,66**
NPD	7	1	**14,29**	2	0	**0,00**
FDP	31	9	**29,03**	2	0	**0,00**
RENTNER	3	2	**66,66**	1	1	**100,00**
AFD	7	2	**28,57**	3	0	**0,00**
FW NWM	18	5	**27,77**	1	0	**0,00**
LUL	31	4	**12,90**	4	1	**25,00**
PIRATEN	4	2	**50,00**	1	0	**0,00**
WG	4	0	**0,00**	0	0	**0,00**
SUMME	281	72	**25,62**	61	19	**31,15**

Tabelle 11
Quelle: Eigene Darstellung

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

	WAHLVORSCHLAG			WAHLERGEBNIS 2014		
PARTEI	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	92	19	**20,65**	25	3	**12,00**
SPD	86	26	**30,23**	20	5	**25,00**
DIE LINKE	72	25	**34,72**	14	6	**42,86**
B90/GRÜNE	18	9	**50,00**	3	2	**66,66**
NPD	11	1	**9,09**	3	0	**0,00**
FDP	34	5	**14,71**	3	0	**0,00**
ABLR	60	10	**16,66**	4	1	**25,00**
AFD	4	2	**50,00**	2	0	**0,00**
FW LUP	10	4	**40,00**	1	0	**0,00**
AFL	6	1	**16,66**	1	0	**0,00**
PIRATEN	3	0	**0,00**	1	0	**0,00**
SUMME	396	102	**25,76**	77	17	**22,08**

Tabelle 12
Quelle: Eigene Darstellung

LANDKREIS ROSTOCK
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

PARTEI	WAHLVORSCHLAG GESAMT	WAHLVORSCHLAG FRAUEN	WAHLVORSCHLAG IN %	WAHLERGEBNIS 2014 GESAMT	WAHLERGEBNIS 2014 FRAUEN	WAHLERGEBNIS 2014 IN %
CDU	89	14	**15,73**	26	3	**11,54**
SPD	69	9	**13,04**	13	2	**15,38**
DIE LINKE	30	11	**36,66**	13	7	**53,85**
B90/GRÜNE	18	5	**27,77**	4	1	**25,00**
NPD	7	2	**28,57**	2	0	**0,00**
FDP	40	5	**12,50**	3	1	**33,33**
AUF	9	5	**55,55**	1	0	**0,00**
AFD	5	0	**0,00**	3	0	**0,00**
FW	42	8	**19,05**	3	1	**33,33**
SUMME	309	59	**19,09**	69	15	**21,74**

Tabelle 13
Quelle: Eigene Darstellung

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

PARTEI	WAHLVORSCHLAG GESAMT	WAHLVORSCHLAG FRAUEN	WAHLVORSCHLAG IN %	WAHLERGEBNIS 2014 GESAMT	WAHLERGEBNIS 2014 FRAUEN	WAHLERGEBNIS 2014 IN %
CDU	88	11	**12,50**	27	3	**11,11**
SPD	74	15	**20,27**	16	4	**25,00**
DIE LINKE	59	24	**40,68**	16	4	**25,00**
B90/GRÜNE	32	15	**46,88**	4	1	**25,00**
NPD	8	1	**12,50**	2	0	**0,00**
FDP	53	6	**11,32**	3	0	**0,00**
ABGUWKA	4	2	**50,00**	1	0	**0,00**
AFD	15	3	**20,00**	3	0	**0,00**
FW	21	5	**23,81**	2	0	**0,00**
WGLR	5	1	**20,00**	1	0	**0,00**
PIRATEN	3	0	**0,00**	1	0	**0,00**
SUMME	362	83	**22,93**	76	11	**14,47**

Tabelle 14
Quelle: Eigene Darstellung

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

PARTEI	WAHLVORSCHLAG GESAMT	WAHLVORSCHLAG FRAUEN	WAHLVORSCHLAG IN %	WAHLERGEBNIS 2014 GESAMT	WAHLERGEBNIS 2014 FRAUEN	WAHLERGEBNIS 2014 IN %
CDU	74	18	**24,32**	28	5	**17,86**
SPD	60	15	**25,00**	9	2	**22,22**
DIE LINKE	37	17	**45,95**	12	6	**50,00**
B90/GRÜNE	22	6	**27,27**	4	1	**25,00**
NPD	6	1	**16,66**	2	0	**0,00**
FDP	44	8	**18,18**	3	0	**0,00**
BAUERNVERBAND	18	4	**22,22**	3	1	**33,33**
AFD	12	2	**16,66**	3	0	**0,00**
BFR	14	4	**28,57**	1	1	**100,00**
BFS	12	2	**16,66**	3	0	**0,00**
ADOMEIT	8	3	**37,50**	1	0	**0,00**
WG	2	9	**22,22**	0	0	**0,00**
SUMME	309	89	**28,80**	69	16	**23,19**

Tabelle 15
Quelle: Eigene Darstellung

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

	WAHLVORSCHLAG			WAHLERGEBNIS 2014		
PARTEI	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	77	12	**15,58**	24	3	**12,50**
SPD	71	17	**23,94**	9	2	**22,22**
DIE LINKE	40	15	**37,50**	12	8	**66,66**
B90/GRÜNE	18	7	**38,88**	3	2	**66,66**
NPD	55	6	**10,91**	5	0	**0,00**
FDP	33	5	**15,15**	2	0	**0,00**
KFV	28	4	**14,29**	7	0	**0,00**
AFD	9	1	**11,11**	3	0	**0,00**
BG	10	1	**10,00**	1	0	**0,00**
WG BV-LR	8	6	**75,00**	1	1	**100,00**
PIRATEN	2	0	**0,00**	1	0	**0,00**
AL	9	3	**33,33**	1	0	**0,00**
SUMME	360	77	**21,39**	69	16	**23,19**

Tabelle 16
Quelle: Eigene Darstellung

STADTVERTRETUNG SCHWERIN
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

	WAHLVORSCHLAG			WAHLERGEBNIS 2014		
PARTEI	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	45	13	**28,88**	11	1	**9,09**
SPD	33	9	**27,27**	9	3	**33,33**
DIE LINKE	33	9	**27,27**	11	4	**36,36**
B90/GRÜNE	16	8	**50,00**	4	1	**25,00**
NPD	0	0	**0,00**	0	0	**0,00**
FDP	16	4	**25,00**	1	1	**100,00**
UB	16	8	**50,00**	5	1	**20,00**
AFD	6	1	**16,66**	3	1	**33,33**
[ASK]	9	3	**33,33**	1	0	**0,00**
SUMME	174	55	**31,61**	45	12	**26,67**

Tabelle 17
Quelle: Eigene Darstellung

Neben der Landeshauptstadt Schwerin ist nur für die Hansestadt Rostock ein Langzeitschnitt für die Zusammensetzung eines Kommunalparlamentes möglich. Für die durch die Kreisgebietsreform neu entstandenen Großkreise ist das nicht möglich. Daher wird im Folgenden der Langzeitschnitt exemplarisch an der Rostocker Bürgerschaft, dem Spitzenreiter (vgl. Tab. 10) in Bezug auf den erreichten Frauenanteil, vorgestellt. Dabei ist die Frage relevant, inwieweit sich der allgemeine Trend – Anstieg bis zu den frühen 2000er Jahren, Stagnation und Absinken seitdem – hier wiederfindet. Die Rahmenbedingungen sind durch die räumliche Begrenzung einer Großstadt (der einzigen im Land) u. a. mit einer Universität gegeben. Sie unterscheiden sich qualitativ vom Rest des Landes.

Vergleicht man die Entwicklung der Geschlechterverteilung in der Bürgerschaft seit 1990 mit den für den Landtag ermittelten Daten, fällt auf, dass der Sockel in Rostock etwa zehn Prozent höher liegt. So waren bei der „übergroßen“ Bürgerschaft 1990 – immerhin 130 Abgeordnete – 24,5 Prozent Frauen. Von 1994 bis 2004 – mit insgesamt 53 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern – konnte der Frauenanteil von 32,1 über 41,5 auf schließlich 45,3 Prozent gesteigert werden. Bei den Wahlen 2009 und 2014 betrug er schließlich jeweils 39,6 respektive wiederum 41,5 Prozent.

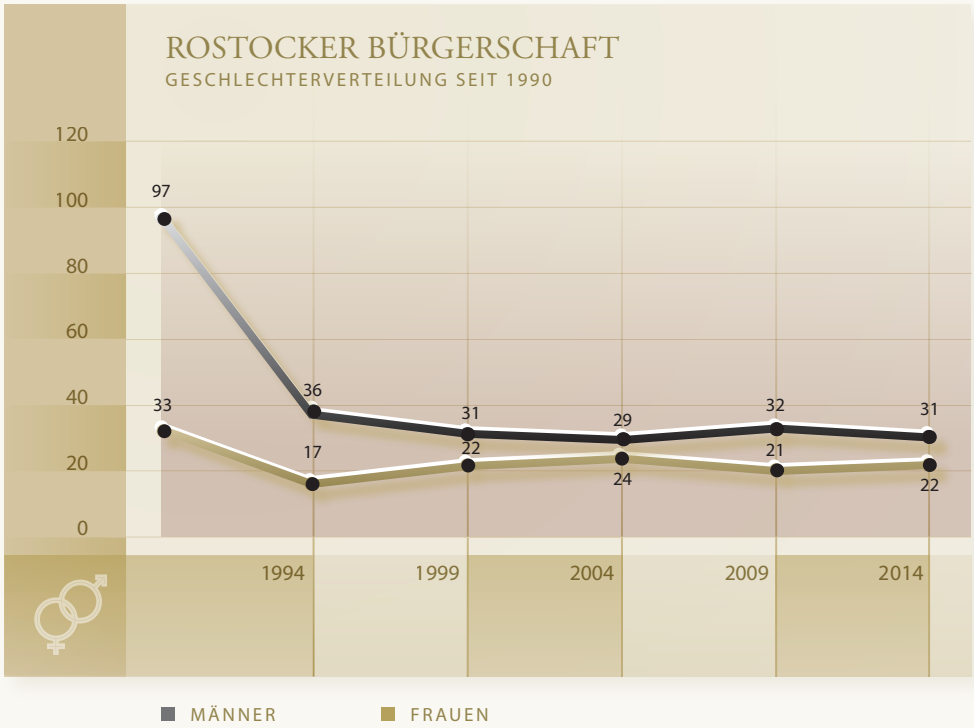


Abbildung 9
Quelle: Eigene Darstellung

Um diese Entwicklung zu untersetzen, bietet sich der Blick auf die Verteilung in den einzelnen Legislaturperioden an.[84] Dabei ist festzustellen, dass die Varianz, bedingt durch die kleinen Parteien in der Bürgerschaft, sehr hoch ist. Aber anders als auf der Landesebene sind die Veränderungen bei den einzelnen Parteien deutlich augenfälliger. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Einbindung von Frauen auf der kommunalen Ebene in der Stadt besser gelingt als in den Großkreisen. Die Nähe von Vertretung, also dem Rathaus, sowie zwischen Mandatsträgerinnen und -trägern und Wahlvolk fördert die Bekanntheit bzw. die Interaktion mit diesem. Die Nähe zur Universität in Rostock sorgt für ein Reservoir an – zumindest temporär – politisch Interessierten.

Dabei ist der Bedarf an Mandatsträgerinnen und -trägern relativ groß, was immer wieder zu „Engpässen" bei der Listenzusammensetzung zu führen scheint. Exemplarisch steht dafür die Partei DIE LINKE. Diese hat auch auf der kommunalen Ebene normalerweise die Parität erreicht.

Zur Wahl 2009 sank der Frauenanteil jedoch auf 23,08 Prozent. Das Beispiel CDU zeigt den „Bedarf" an Mandatsträgerinnen und -trägern im Besonderen. Der Frauenanteil der Partei liegt deutlich über den Vergleichswerten aus dem Landtag, allerdings sind die, wie beim Gesamtanteil von Frauen in der Bürgerschaft, klar nachvollziehbar (siehe Tab. 18 und 19).[85]

ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2004 UND 2009

	2004			2009		
PARTEI	GESAMT	FRAUEN	IN %	GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	13	4	**30,77**	9	3	**33,33**
SPD	11	6	**54,54**	10	4	**40,00**
DIE LINKE	13	6	**46,15**	13	3	**23,08**
B90/GRÜNE	6	4	**66,66**	5	3	**60,00**
NPD	0	0	**0,00**	2	1	**50,00**
FDP	3	0	**0,00**	4	1	**25,00**
AUFBRUCH 09	0	0	**0,00**	1	1	**100,00**
GRAUE	0	0	**0,00**	1	1	**100,00**
UFR	0	0	**0,00**	4	1	**25,00**
ROSTOCKER BUND	3	3	**100,00**	3	2	**66,66**
SUMME	49	23	**46,94**	52	20	**38,46**

Tabelle 18
Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Kommunalen Statistikstelle

ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT
GESCHLECHTERVERTEILUNG 2014

PARTEI	2004 GESAMT	FRAUEN	IN %	2009 GESAMT	FRAUEN	IN %
CDU	25	3	**12,00**	11	2	**18,18**
SPD	37	15	**40,54**	9	3	**33,33**
DIE LINKE	19	8	**42,11**	14	7	**50,00**
B90/GRÜNE	25	10	**40,00**	6	4	**66,66**
NPD	3	0	**0,00**	1	0	**0,00**
FDP	16	1	**6,25**	1	0	**0,00**
AUFBRUCH 09	8	5	**62,50**	1	1	**100,00**
AFD	8	1	**12,50**	2	0	**0,00**
GRAUE	5	4	**80,00**	1	1	**100,00**
UFR	26	4	**15,38**	4	1	**25,00**
ROSTOCKER BUND	15	6	**40,00**	3	2*	**33,33**
SUMME	187	57	**20,48**	53	22	**41,51**

Tabelle 19
Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Kommunalen Statistikstelle

Die Wahlergebnisse von 2014 bestätigen die Tendenzen, die in vorhergehenden Legislaturperioden zu verzeichnen waren. In mancher Hinsicht zeichnet sich, beispielsweise bei der CDU, eine dem Gesamttrend angepasste Entwicklung ab.

Der Frauenanteil allein sagt noch wenig über deren reale Machtpositionen aus. Wichtige Funktionen – wie z. B. die Fraktionsvorsitze – sind in den sechs Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten nach der Kommunalwahl zum überwiegenden Teil in Männerhand geblieben. So war unter den sechs Fraktionsvorsitzenden im Landkreistag Nordwestmecklenburg lediglich eine Frau.[86] Ähnlich sah es im Landkreis Vorpommern-Greifswald aus. Nur die Fraktion DIE LINKE wird dort von einer Frau geführt, die vier anderen hatten einen Mann zum Vorsitzenden gewählt. In der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin werden fünf von sechs Fraktionen von Männern geführt, lediglich in der Rostocker Bürgerschaft gestaltet sich das Geschlechterverhältnis ausgeglichen. Die durchaus einflussreichen Fraktionsvorsitze haben in der Hansestadt derzeit je drei Frauen und drei Männer inne. Auch hier bestätigt sich ein allgemein gültiger Befund: Je höher die Ebene desto seltener sind Frauen vertreten.[87] Dies gilt, selbst wenn berücksichtigt wird, dass Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Ländern in verantwortlichen landes- und kommunalpolitischen Positionen einen relativ hohen Frauenanteil aufweisen kann.

Landkreis Rostock
Quelle: Landkreis Rostock

4. Frauen in der Landes- und Kommunalpolitik Mecklenburg-Vorpommerns: Einstiegswege, fördernde und hemmende Faktoren

Neben der Darstellung der Rahmenbedingungen und der aktuellen Situation in Mecklenburg-Vorpommern war die Erforschung von Einstiegswegen, hemmenden und fördernden Faktoren für (kommunal)politisches Engagement Ziel der vorliegenden Untersuchung. Diskussionsrunden mit bzw. schriftliche Aussagen von aktiven Landes- und Kommunalpolitikerinnen in fast allen Landkreisen und den kreisfreien Städten brachten sehr interessante Ergebnisse, die z. T. mit denen anderer qualitativer Erhebungen übereinstimmen, teilweise jedoch auch andere, neue Aspekte erbrachten. Erweitert wurden diese qualitativen Gesprächsrunden durch anonyme Befragungen im selben Kreis. Hierdurch ist es gelungen, zumindest in Ansätzen Vergleichswerte zum umfangreichen Datenmaterial der Landesebene eigenständig zu erheben.[88]

4.1. SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE

Die Verfasserinnen und Verfasser der Studien „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ und „Frauen führen Kommunen“ stellten u. a. fest, dass soziodemografische Merkmale eine Rolle bei der Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik spielen. So gehören Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, überwiegend etablierten Parteien an. Auf Gemeindeebene ist dagegen der Anteil von Frauen, die nicht-etablierten Parteien oder Wählergemeinschaften angehören, höher. Daneben wurden regionale Unterschiede festgestellt.[89] Zur Vorsicht rieten die Autorinnen und Autoren sowohl bezüglich der Daten zum Durchschnittsalter (55 Jahre) der Kommunalpolitikerinnen als auch zu deren Qualifikation, da auf Grund der geringen Fallzahlen, Fehlschlüsse möglich sind.[90]

Unter den in Mecklenburg-Vorpommern befragten Kommunalpolitikerinnen lag der Altersschnitt bei 53,71 Jahren, also etwa in dem Bereich, der in anderen Studien ermittelt wurde. 23 Prozent der Frauen wurden vor 1950 geboren und etwa genauso viele nach 1975. Bei den Letztgenannten (siehe Tab. 20) sind alle, bis auf eine Ausnahme, Mitglied einer etablierten Partei.

In der Frage der Parteimitgliedschaft stellt sich das Verhältnis auf kommunaler Ebene deutlich differenzierter dar als auf allen anderen Ebenen. Gleichwohl sind in der hier zu Grunde liegenden Erhebung beinahe 75 Prozent der Interviewten Mitglieder einer im Bundestag vertretenen Partei (Tab. 20).

Der größte Teil (80 Prozent) der Gesprächspartnerinnen verfügt über eine abgeschlossene Hoch- oder Fachschulausbildung. Alle Befragten sind beruflich arriviert. In der Mehrheit der Fälle üben sie Tätigkeiten aus, die eine hohe Außenkommunikation implizieren (Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, Selbstständige o. ä.). Im Vergleich zu den Landtagsabgeordneten ist nur ein minimales Gefälle erkennbar.

PARTEI ALS ANKER?

	ETABLIERTE	ANDERE	OHNE ZUGEHÖRIGKEIT
BEFRAGTE (IN %)	74,29	8,57	17,14

Tabelle 20

Quelle: Eigene Darstellung

Diese quantitativen Ergebnisse wurden in der Studie durch qualitative Interviews vertieft. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Verbundenheit mit der Region für alle befragten Kommunalpolitikerinnen relevant ist.[91] Dieser Befund wurde auch durch Kom-

munalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. In den Gesprächen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass die persönliche Bekanntheit und Verwurzelung im regionalen Umfeld (Kirche, politische Vorfeldorganisationen, ehrenamtliches Engagement) sich vorteilhaft auf die Chancen, gewählt zu werden, auswirken würde. Gerade in kleineren Gemeinden (ca. 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner) spüren weibliche Kandidatinnen diesen positiven Effekt. So kann selbst ein Umzug in einen Nachbarort Auswirkungen auf die Bekanntheit und damit letztlich auch auf Wahlchancen haben.

Etwas anders stellt sich die Situation in der Hansestadt Rostock dar. Hier haben auch „Zugereiste", die sich in der Zivilgesellschaft engagieren (z. B. Hochschulgruppen) oder gut vernetzt sind, Aussichten auf eine erfolgreiche Kandidatur. Es zeigte sich, dass auch über zeitlich begrenzte Projekte, die Gestaltungsmöglichkeiten bieten und in deren Rahmen den Akteurinnen auch Verantwortung übertragen wird, Frauen motiviert werden, sich um Kandidaturen zu bewerben. Allerdings trägt auch in den beiden kreisfreien Städten (Rostock und Schwerin) die Zugehörigkeit zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie z. B. Orts-, Senioren- oder Behindertenbeiräten, nicht nur zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades bei, sondern motiviert Frauen, sich um kommunalpolitische Mandate zu bemühen.

In den erwähnten Studien wurde ein Zusammenhang zwischen Alter, Herkunft, familiärer und beruflicher Prägung und kommunalpolitischem Engagement festgestellt.[92] Während die Autorinnen und Autoren zu dem Schluss kamen, dass vor allem Frauen in der zweiten Lebenshälfte, d. h. wenn die Kinder aus dem Gröbsten heraus sind, ihr Interesse an kommunalpolitischen Fragen entwickelten, lässt sich das für Mecklenburg-Vorpommern nur bedingt aufrecht erhalten. Interessanterweise möchten in unserem Land auch junge Frauen mit kleineren Kindern politisch mitwirken. Sie können sich oft auch eine Bewerbung um Mandate im Land- oder Bundestag vorstellen – 54,3 Prozent gaben dies bei der anonymen Befragung an. Von den unter 40jährigen stimmten alle, die Chance vorausgesetzt, dieser Perspektive zu. Allerdings stellt das Vereinbarkeitsproblem für sie eine besondere Herausforderung dar. Hier wurde in den Gesprächen oft auf den Rückhalt und die Unterstützung durch Ehepartner, Familie und Freundeskreise verwiesen, die ein solches Engagement erst möglich machen.

Beim Vergleich des Eintrittsalters und der Kinderzahl zwischen kommunaler und Landesebene fällt auf, dass die lokalen Abgeordneten in der Regel beinahe vier Jahre früher zu ihren ersten Mandaten gekommen sind (siehe Tab. 21). Da die meisten politischen Karrieren in der Kommunalpolitik beginnen, erklärt sich diese Differenz. Kommunalpolitisch aktive Frauen übernehmen im Schnitt mit rund 39 Jahren ein Mandat. In dieser Lebensphase sind die Kinder in der Regel noch nicht aus dem Haus. Möglicherweise erklärt das die etwas geringere Anzahl von Kindern.

Bei der Verweildauer ist der Vergleich mit den vorhandenen Daten nicht möglich. Die befragten Frauen hatten zwar seit ihrem „Eintritt" in die aktive Politik durchgängig Mandate, jedoch nicht in derselben Funktion.

EINTRITTSALTER

IM VERGLEICH ZWISCHEN DER KOMMUNALEN UND DER LANDESEBENE

	EINTRITTSALTER	VERWEILDAUER	KINDER
FRAUEN (KOMMUNAL)	39,13	?	1,91
FRAUEN (LAND)	42,97	2,05	1,98

Tabelle 21

Quelle: Eigene Darstellung

Gerade Kommunalpolitikerinnen, die in kleinen Orten Mecklenburg-Vorpommerns leben, betonten in den Gesprächen immer wieder, dass sie durch ihre berufliche Tätigkeit (z. B. Lehrerin, Bankangestellte, Buchhalterin, kaufmännische Angestellte) viele Kontakte zu Einwohnerinnen und Einwohnern hatten und dies dann bei Kandidaturen zum Erfolg beitrug. Aber auch die Mitarbeit in den Büros von Politikerinnen und Politikern erwies sich später als vorteilhaft für eigene Kandidaturen. Darüber hinaus wurden Kommunalpolitikerinnen gerade durch ihre Ehepartner (sowohl ost- als auch westdeutsche) angeregt, sich politisch zu engagieren. Ohne diese hätten sie sich oftmals den Schritt in die Politik nicht zugetraut, erklärten sie.

Sowohl für haupt- als auch für ehrenamtliche Politikerinnen hat ihr kommunalpolitisches Amt eine große Bedeutung.[93] Dabei ist es wichtig, dass sie Familie, Beruf und kommunalpolitisches Engagement miteinander vereinbaren können. Bei ehrenamtlichen Politikerinnen wirken die Mehrfachbelastung und das eingeschränkte Zeitkontingent hemmend auf ihr Engagement. Deshalb schlagen die Verfasserinnen und Verfasser der Studie „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder" vor, Unterstützung sowohl im persönlichen bzw. familiären Umfeld als auch durch eine ausgebaute Kinderbetreuung zu geben, da eine funktionierende Vereinbarkeit mo-

tivierend wirkt. Sie empfehlen daher, bei künftigen Strukturreformen vor allem in ländlichen Regionen die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker zu berücksichtigen.[94] Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern empfinden das ebenfalls als wichtigen Faktor, um Frauen für politische Ämter zu gewinnen. So sollten Veranstaltungen am Wochenende tabu sein. Die Tagungsorte sollten über die Infrastruktur zur Kinderbetreuung verfügen oder es sollten Möglichkeiten erschlossen werden, Kinder zu Hause betreuen zu lassen, z. B. durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für Babysitter. Auch die Einrichtung von 24h-Kitas wurde als hilfreich bezeichnet.

Ein besonderes Problem stellen zudem die großen Entfernungen zwischen Arbeits- bzw. Wohnort und dem jeweiligen Sitz des Kreistages dar, die sich infolge der Kreisgebietsreform nochmals verlängert haben. Hier könnten nach Meinung der Kommunalpolitikerinnen z. B. wechselnde Sitzungsorte relativ schnell zu Verbesserungen bzw. einem Ausgleich führen.

4.2. FÖRDERNDE FAKTOREN

Die bereits erwähnte Rolle der parteipolitischen Anbindung sehen die Autorinnen und Autoren der Studie „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ durch Interviews bestätigt. So wird der Zugang zu Ämtern und Positionen durch die Zugehörigkeit zu einer Partei erleichtert. Allerdings besitzt für fast alle Frauen das kommunalpolitische Engagement einen höheren Stellenwert als das parteipolitische. Das zeigt sich auch darin, dass zwischen Parteipolitik und kommunalpolitischer Arbeit vor Ort klar unterschieden wird.[95] Die Parteien spielen bei der Besetzung der Führungspositionen in der Kommunalpolitik heute zwar noch eine Schlüsselrolle, doch stellt sich für die Verfasserinnen der Studie „Frauen führen Kommunen“ die Frage, „ob dies in diesem Ausmaß auch künftig der Fall sein wird.“ Sie verweisen darauf, dass der „Anteil der parteiunabhängigen Kandidaten […] bereits vor einigen Jahren mit 26 Prozent vergleichsweise hoch [war], und […] einige Indizien dafür [sprächen], dass der Anteil eher noch zunehmen werde.“[96] Die von ihnen in den neuen Ländern durchgeführte Befragung hauptamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hat ergeben, dass „die Bedeutung und Rolle der Parteien, […] ohnehin niedriger eingeschätzt [werde]. Zudem [… hätten] in Ost wie West auch die parteigebundenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein vor allem funktionales Verhältnis zu ihrer Partei, die sie vorrangig als Kontakt- und/oder Karrierenetzwerk nutzen.“[97] Sie kamen zu dem Schluss, dass diese Entwicklung Frauen durchaus zu gute kommen könne, weil es sie unabhängiger machen würde. Sie hätten so die Chance, „sich mit ihrer Verankerung in der Kommune und mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke einen Namen zu machen und ihre Chancen bei der Wählerschaft auch jenseits der Parteien zu nutzen.“[98] Auch Politikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern erklärten, dass bei Kommunalwahlen das Parteilabel bis zur Wahl wichtig sei. Sie schätzen vor allem die strukturelle Unterstützung und die Netzwerkarbeit innerhalb der Parteien. Hier zeigen sich Parallelen zu den o. g. Befunden. Da Kommunalwahlen jedoch Personenwahlen seien, wäre die Bekanntheit der Kandidatinnen höher zu bewerten.

Diese Entwicklung hängt nicht zuletzt mit den Organisationskulturen in den Parteien zusammen, die von den Kommunalpolitikerinnen oft als hinderlich oder überkommen empfunden werden. „Die Offenheit der Organisationskulturen ist den befragten Frauen für die Ausübung ihres kommunalpolitischen Amtes wichtig. Parteien und ihre Strukturen selbst können sowohl förderlich und motivierend als auch demotivierend für das kommunalpolitische Engagement sein“[99], so die Verfasserinnen und Verfasser der Studie „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“. Innerparteiliche Strukturen oder männliche Rituale werden auch von vielen hiesigen Kommunalpolitikerinnen als eher hemmende Faktoren empfunden. So müsse man ein dickes Fell haben, um sich in parteiinternen Debatten durchzusetzen. Einige sprachen auch über eine sich verstärkende innerparteiliche (männliche) Konkurrenz, sobald Frauen bei Kandidaturen oder in der Öffentlichkeit erfolgreicher seien. Andere wiederum betonten gerade den Wert der innerparteilichen Unterstützung. Ihre Erfolge führen jedoch auch diese Frauen auf ihre Verwurzelung in der Zivilgesellschaft zurück (z. B. Chor, Kirche, Sportvereine, Volkssolidarität, Gewerkschaften, soziale Vereine, Frauenvereine, Landfrauenverband, Vorfeldorganisationen der Parteien). Insofern ist den Thesen der Autorinnen der o. g. Studien zuzustimmen.

Neben der Verankerung in der Zivilgesellschaft profitieren die erfolgreicheren Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern auch von öffentlicher Anerkennung, sei es in Gestalt von Preisen (Helene-Weber-Preisträgerinnen) oder einer positiven Darstellung in den Medien. Viele merkten in den Gesprächen allerdings kritisch an, dass die Möglichkeit, über die Presse engagierte Frauen als Vorbilder für andere zu präsentieren, zu wenig praktiziert werde. Sie wünschten sich u. a. auch den Abdruck von Leserbriefen, in denen ihnen für ihr Engagement gedankt

Kreistagspräsidentin Vorpommern-Rügen Andrea Köster
und Landrat Ralf Drescher
Quelle: Landkreis Vorpommern-Rügen

wird, weil dies eine wichtige moralische Unterstützung darstelle.

In der Frage der Quotierung gibt es seitens der Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Ausnahme grundsätzlich Einigkeit. Sie wird als wichtiges Instrument zur innerparteilichen Gleichstellung von Frauen und Männern und auch bei der Listenaufstellung generell befürwortet. Unter den befragten Kommunalpolitikerinnen herrscht dagegen keine Einhelligkeit. Die überwiegende Zahl befürwortet zwar die Quotierung, hält sie aber bei weitem nicht für ausreichend, um mehr Frauen den Weg in politische Ämter zu ermöglichen. Noch immer wäre es so, dass der Frauenanteil auf den aussichtsreichen Listenplätzen nicht ausreiche und gerade bei Kommunalwahlen mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens ein vorderer Listenplatz noch keine Garantie für den Wahlerfolg sei. Zudem führe die Entscheidung der Parteien, für aussichtsreiche Direktmandate vor allem Männer aufzustellen, dazu, dass selbst gute Listenplätze nicht zum Einzug in den Landtag reichten. Diese Feststellung wurde auch durch die befragten Landesgeschäftsführenden bestätigt.

Diese Einschätzung deckt sich mit der vieler Kommunalpolitikerinnen, die im Rahmen der oben erwähnten Studien befragt worden waren. Sie hielten es in diesem Kontext für förderlich, nicht nur Quoten, sondern alternierende Wahllisten für Frauen in den kommunalen Gremien festzulegen, um so den Zugang zu kommunalen Ämtern zu ermöglichen und zu erleichtern.[100] Allerdings müssten dazu mehr „geeignete“ Frauen für Kandidaturen gewonnen werden. Sie sollten engagiert sein, Fachkompetenz mitbringen, in der Lage sein, gegebenenfalls ihre Ellenbogen zu benutzen und sich vor allem nicht Arbeiten aufhalsen lassen, zu denen Männer keine Lust hätten. Bei alledem sollten sie durchaus in der Lage sein, weiblichen Charme einzusetzen.

Seitens der Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern wurde u. a. auf das in Frankreich geltende Parité-Gesetz verwiesen, das durchaus zu einer Erhöhung des Frauenanteils im französischen Parlament geführt hat, da bei Nichteinhaltung des Gesetzes schmerzhafte Sanktionen drohen oder Sitze in Gremien freibleiben müssen. Die Positionen der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern zu einem solchen Gesetz liegen zwischen Zustimmung bzw. Praktizierung und deutlicher Ablehnung.

4.3. HEMMENDE FAKTOREN

Als Hemmnis für kommunalpolitisches Engagement werden kommunale Strukturen gesehen, die zu wenig Rücksicht auf die verfügbaren Zeitfonds der Kommunalpolitikerinnen nehmen.[101] Auch in Mecklenburg-Vorpommern beklagen ehrenamtliche Politikerinnen, dass bei der Sitzungsplanung – die i.d.R. durch Männer erfolgt – zu wenig Rücksicht auf den Zeitfonds von Frauen genommen wird, die versuchen, Ehrenamt, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dadurch wird die Gewinnung möglicher Nachwuchspolitikerinnen erschwert und bereits engagierte Frauen stehen vor der Herausforderung, in einem der Bereiche Abstriche machen zu müssen. Vorgeschlagen wird eine Anpassung der Organisationskulturen kommunaler Gremien, um den – in Folge der Kreisgebietsreform – gestiegenen Zeit- und Mobilitätsanforderungen Rechnung zu tragen.[102] Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern empfinden die Größe der Landkreise als besondere Herausforderung für das ehrenamtliche Engagement. Mit der Kreisstrukturreform wurden den Landkreisen mehr Aufgaben zugewiesen, die nun durch die Kreistage beraten und entschieden werden müssen. Das führt zu ausufernden Tagesordnungen. Kommt eine wenig strukturierte Sitzungsleitung hinzu, kann der Zeitaufwand unverhältnismäßig werden. Auch der in manchen Landkreisen vorhandene Spardruck würde sich eher demotivierend auswirken.

Zudem versuchen Fraktionen oder Ausschüsse mancherorts ihre Veranstaltungen ebenfalls auf den Sitzungstermin des Kreistages zu legen, so dass in der

Konsequenz die zeitliche Belastung deutlich zunimmt und junge Frauen mit kleineren Kindern erhebliche Probleme bei der Vereinbarkeit haben. Sie wünschten sich mehrheitlich eine funktionierende Absicherung der Kinderbetreuung. Oft wurde konstatiert, dass Sitzungen, die von Anfang an von Frauen geleitet werden würden oder in denen Frauen ab einem bestimmten Zeitpunkt die Regie übernahmen, straffer und sachorientierter verliefen.

Hemmend wirken auch „intransparente bzw. tradierte Strukturen und männerdominierte Netzwerke in den Gremien".[103] Diese Erfahrungen bestätigten auch kommunalpolitisch aktive Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Beklagt wurden eingefahrene und intransparente Strukturen, die Gremienkultur und fehlende Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen. Oftmals bekämen sie zu hören, dass man das schon immer so gemacht habe und daher kein Grund für Veränderungen bestehe. Zudem würden „die alten Männer" an ihren Stühlen kleben, in den Fraktionen gäbe es eine Männerdominanz, die dies verstetigen würde. Oft würde zudem die Fraktionsdisziplin über die Verantwortung gegenüber dem eigenen Gewissen gestellt. Einige Kommunalpolitikerinnen erklärten, sie würden es als frustrierend empfinden, gegen die eigene Überzeugung im Sinne der Fraktionsmehrheit abstimmen zu müssen. Sie wünschten sich mehr offene Abstimmungen. In einigen Landkreisen seien darüber hinaus „Regierungs-Oppositions-Strukturen" entstanden. Interne Absprachen zwischen den im Kreistag „koalierenden" Fraktionen mache die Sacharbeit schwieriger und erhöhe die Intransparenz. Hinzu käme, dass Mandatsträgerinnen und -träger, die zugleich als ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und -meister wirkten, versuchten, in den Beratungen die Interessen ihrer Gemeinden durchzusetzen. Dadurch entstehe eine Art Regionalkonkurrenz, die Zusammenarbeit würde schwieriger.

Auch sei die Debattenkultur in manchen Kreistagen deutlich verbesserungswürdig. So müssten Frauen sich lautstark und mit Beharrlichkeit Aufmerksamkeit verschaffen, weil ihre Wortmeldungen sonst einfach „übersehen" werden würden. Neben solchen Formen der Nichtachtung beklagten Kommunalpolitikerinnen „arrogantes männliches Verhalten", persönliche unsachliche Anfeindungen oder eine fehlende Grundsolidarität. Manchmal sei es hilfreich, männliche Kollegen für den eigenen Vorschlag zu gewinnen, um sich Gehör zu verschaffen. Allerdings wurde in den Gesprächsrunden auch darauf verwiesen, dass Frauen sich z. T. selbst „im Weg" stünden, dass sie sich eher zurückhalten würden oder nicht genügend Selbstbewusstsein (Machtstreben) hätten, um ihre Positionen in Debatten energisch zu vertreten. Zudem würden (Kommunal-)Politikerinnen Kritik oft persönlich nehmen, während ihre männlichen Kollegen – so die Beobachtung – nach einem Konflikt keine Probleme damit hätten, gemeinsam ein Bier zu trinken etc.

Es gelte deshalb, deutlich zu machen, dass auch Niederlagen Lerneffekte nach sich ziehen können. Beim nächsten Mal wisse man, wie ein erfolgreiches Vorgehen gelingen könne. Wichtig seien dabei innerparteiliche Feedback-Angebote.

Demotivierend wirke auch der ständige Rechtfertigungsdruck gegenüber der Öffentlichkeit, wenn eigene Positionen kontrovers diskutiert werden. Hier müssten Kommunalpolitikerinnen es lernen, Kritik auszuhalten. In diesem Kontext sei es notwendig, deutlich zu machen, dass Schwierigkeiten und Misserfolge in der Politik nicht geschlechtsspezifisch sind.

4.4. WEGE ZUR GEWINNUNG VON FRAUEN FÜR (KOMMUNAL)POLITISCHES ENGAGEMENT

Die Annahme, dass zivilgesellschaftliches Engagement Motor für das kommunalpolitische ist, sehen die Verfasserinnen und Verfasser der Studie „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder" bestätigt. Beides sei nicht voneinander zu trennen. Wobei auch hier motivierende und demotivierende Faktoren festzustellen sind. Allerdings – so die Autorinnen und Autoren – kann zivilgesellschaftliches Engagement ein Einstieg in die Kommunalpolitik sein. Sind Frauen dagegen schon kommunalpolitisch aktiv und halten engen Kontakt zu Vereinen, können sie so Strukturen miteinander vernetzen und ihre eigene Position festigen bzw. ausbauen.[104] Dies lässt sich – wie bereits erwähnt – auch für Mecklenburg-Vorpommern nachweisen. Unterstützend könnten darüber hinaus Maßnahmen wie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, direkte Ansprache durch bereits Engagierte und öffentliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit wirken.[105] Sehr viele der in Mecklenburg-Vorpommern befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, dass sie persönlich angesprochen wurden und so zu ihrem politischen Engagement kamen. Allerdings wünschten sie sich eine stärkere öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit. So könnten regionale Medien z. B. Porträts von Kommunalpolitikerinnen veröffentlichen und auf diesem Weg Vorbilder für politisch interessierte Frauen schaffen. So veranlasste z. B. die Übernahme des Vorsitzes der CDU durch Angela Merkel ebenso wie Wahlerfolge von FDP-Kandidatinnen in Hamburg und Bremen Frauen zu politischem Engagement.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Foto: Uwe Balewski

Regionale Rahmenbedingungen sind entscheidend für den Verbleib von Frauen in den neuen Bundesländern und damit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik.[106] „Die Bindung engagierter Frauen an die Region sollte durch übergreifende Initiativen und Kampagnen intensiviert werden, um Identifikationsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen."[107] Die Verfasserinnen der Studie „Frauen führen Kommunen" stellten bei ihren Befragungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern fest, dass sich eine starke regionale Verwurzelung als „charakteristisches Merkmal und gewichtiger Erfolgsfaktor" herauskristallisiert habe. So stünden „45 Prozent der weiblichen und über 60 Prozent der männlichen Befragten […] heute der Kommune vor, in der sie geboren bzw. aufgewachsen sind. Dies trifft vor allem für die neuen Bundesländer zu (57 Prozent der Befragten gegenüber 48 Prozent im Westen)."[108]

Alle befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, zehn oder mehr Jahre an dem Ort zu leben, in dem sie gewählt wurden. Ein Teil war dort auch geboren. Die Mehrheit der anderen kam zumindest aus Mecklenburg-Vorpommern. Regionale Verwurzelung spielt daher eine große Rolle. Der Mehrwert ergibt sich durch die Verankerung in zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie durch die eigene gesellschaftliche und berufliche Tätigkeit, die zu einem entsprechend hohen Bekanntheitsgrad beitragen.

Neben der regionalen Verwurzelung spielen erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker eine wichtige Rolle bei der Nachwuchsgewinnung. Sie können als Vorbilder für den Einstieg in die Politik wirken und für Kommunalpolitik werben. Wichtig wäre es, sie als Mentorinnen und Mentoren für Nachwuchspolitikerinnen zu gewinnen.[109] In den Gesprächen sowohl mit den Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern als auch mit Kommunalpolitikerinnen wurde darauf hingewiesen, dass bei der Gewinnung von Mentorinnen und Mentoren vor allem zwei Punkte problematisch seien. Zum einen hätte kaum jemand Interesse daran, sich die eigene Konkurrentin oder den eigenen Konkurrenten für kommende Wahlen heran zu ziehen und zum zweiten würde die zeitlich Belastung durch Amt und Mandat kaum Freiräume für das Mentoring lassen. Auch seitens der Kommunalpolitikerinnen wurde das Zeitargument häufig als Grund genannt, warum auch von anderen Institutionen (z. B. Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, Kommunalpolitisches Forum Mecklenburg-Vorpommern, Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e.V.) angebotene Bildungsveranstaltungen (Rhetorikkurse, Umgang mit Medien, Konfliktbewältigung, Zeitmanagement etc.) kaum nachgefragt oder genutzt werden.

Zusammenfassend kann den Feststellungen in der Studie „Frauen führen Kommune" nur zugestimmt werden. „Kommunalpolitik bedarf eines breiten Pools an interessierten und qualifizierten Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und soziokulturellen Hintergründen. Allein aus Gründen der demografischen Entwicklung und der Nachwuchssicherung wird es nicht mehr möglich sein, künftig auf

die Potenziale von Frauen zu verzichten. Frauen sind mit Sicherheit nicht per se die besseren Politikerinnen, doch sie können aufgrund ihrer Orientierung auf mehrere Lebensbereiche und unterschiedlicher Lebenserfahrungen wichtige Impulse und Sichtweisen einbringen, die dazu beitragen, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern. Im Kern geht es jedoch um die Behebung eines demokratischen und gleichstellungspolitischen Defizits, das vor allem mit Blick auf den im Artikel 3 Grundgesetz verankerten aktiven Gleichstellungsauftrag dringend geboten ist."[110]

Die Verfasserinnen der Studie „Frauen machen neue Länder" vermuten für die Zukunft einen steigenden Einfluss der Frauen vor allem in ländlichen und peripheren Regionen. Sie stützen ihre These auf die Befragung ostdeutscher Frauen. Diese betonten, dass „besonders in schrumpfenden ländlichen Regionen notwendige Versorgungseinrichtungen nur in Kooperation und Abstimmung mit vielen verschiedenen Akteuren und Akteurinnen aufrechterhalten werden können. Die besonderen Fähigkeiten von Frauen, eher sach- und lösungsorientiert und nicht machtorientiert zu arbeiten"[111], würden sich hier als vorteilhaft erweisen. Darüber hinaus – so die Interviewpartnerinnen in der o. g. Studie – besäßen Frauen die Fähigkeit sehr flexibel auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren. Sie würden weniger in festgelegten Rollen denken und auch für unkonventionelle Lösungen offen sein.[112]

Ob sich das in einem höheren Anteil von Frauen in der Landes- und Kommunalpolitik niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. In den Gesprächen sowohl mit Kommunal- und Landespolitikerinnen als auch mit den Landesgeschäftsführenden wurde darauf verwiesen, dass gerade in den kleinen Gemeinden und den ländlichen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns eher ein traditionelles Rollenverständnis vorherrschend sei, wonach die Frau sich um Beruf, Haushalt und Familie kümmern würde, der Mann dagegen um das Öffentliche, die Politik. Ob diese Wahrnehmungen der Realität entsprechen, müsste überprüft werden.

Ungeachtet dessen bleibt es eine wichtige Aufgabe, Frauen für politische Mandate zu gewinnen. Wie das gelingen kann, soll im Folgenden exemplarisch an Einstiegswegen der befragten Frauen in die Kommunal- bzw. Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern aufgezeigt werden.

4.5. EINSTIEGSWEGE VON FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Der Einstieg in die Politik erfolgte auf sehr unterschiedlichen Wegen. Es lassen sich jedoch drei, weiter zu verifizierende, Gruppen identifizieren.

- Zum einen Frauen, die schon zu DDR-Zeiten politisch aktiv waren und die ihr Engagement nach der Wiedervereinigung kontinuierlich fortsetzten.

- Der zweiten Gruppe gehören Frauen an, deren Engagement aus der Zeit der friedlichen Revolution datiert, die bis dahin keinerlei politische Aktivitäten entwickelt hatten. Sie wurden durch Ereignisse seit 1989/90 motiviert, sich politisch zu betätigen.

- Die dritte Gruppe bilden vor allem – aber nicht nur – jüngere Frauen, die über die Mitarbeit in Parteien, in zivilgesellschaftlichen Initiativen oder aus persönlicher Betroffenheit politisch aktiv wurden. Zu dieser Gruppe gehören auch Frauen, die die friedliche Revolution und die deutsche Einheit als Bruch erlebten und danach ihre politischen Aktivitäten völlig eingestellt hatten, sich jedoch Jahre später erneut engagierten. Zum Teil waren es ganz konkrete Ereignisse, die den Anstoß für das Engagement, den Eintritt in eine Partei oder in ein Wählerbündnis gaben (z. B. Unzufriedenheit mit Kommunalpolitik oder etablierten Kommunalpolitikern im Kreis oder der Gemeinde). Viele wurden direkt von bereits politisch Aktiven angesprochen. Es gab jedoch auch Frauen, die von sich aus an Parteien herantraten und ihr Interesse an einer Mitwirkung signalisierten. Oftmals begann ihr Engagement als sachkundige Einwohnerin oder in einem Ortsbeirat.

Die Auswertung der anonym erhobenen Daten zeigt deutlich, dass Frauen, deren Engagement aus der Zeit der friedlichen Revolution herrührt (Typ 2), momentan noch dominant vertreten sind (siehe Tab. 22). Der Generationenwechsel bahnt sich jedoch ohne Zweifel an. Die Unterschiede im politischen Verhal-

GRUPPEN VON KOMMUNALPOLITIKERINNEN

	TYP 1	TYP 2	TYP 3
BEFRAGTE (IN %)	11,43	65,71	22,86

Tabelle 22

Quelle: Eigene Darstellung

ten zwischen Jüngeren und Älteren, als Produkt der Sozialisation wie der allgemeinen Regeln der politischen Arena, sind hieraus noch nicht ablesbar. Die zahlreichen Beschreibungen für die jüngeren Generationen – Praktikum, o. ä. – verkaufen sich zwar ausnehmend gut, sagen aber wenig über die Menschen an sich aus.

Für den Typ 3 ist zumindest unter den Befragten festzustellen, dass es sich mehrheitlich um stark in ihren Parteien verankerte Frauen handelt. Neben den kommunalen Mandaten wurden Vorstandstätigkeiten und/oder klare Perspektiven auf einen aussichtsreichen Listenplatz bei der im September 2016 stattfindenden Landtagswahl angegeben. Damit kann für die „nachwachsenden" Politikerinnen von klassischen Parteikarrieren gesprochen werden.

Es gibt kein generelles Konzept, wo und wie Frauen für kommunalpolitische Mandate gewonnen werden können. Dies kam auch in den Gesprächen mit den Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien zum Ausdruck. Oft sind es die weiblichen Parteimitglieder, die gezielt andere Frauen in ihrem Bekanntenkreis ansprechen und versuchen, sie für politische Mitwirkung zu gewinnen.

Auch die Beschäftigung mit kommunalpolitischen Fragen in einem überschaubaren Rahmen (z. B. Gemeindevertretungen, Ortsbeiräte oder Bürgerinitiativen), die schließlich zu einem immer umfassenderen Einblick in die Probleme des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt führe, motiviere zu weiterem Engagement. Der dadurch ausgelöste Lernprozess wurde von vielen Befragten als sehr mühsam und zeitaufwendig beschrieben. Am Ende stand jedoch bei den meisten die Erkenntnis, dass man das so erworbene Wissen gern in der praktischen Politik anwenden würde. Die befragten Kommunalpolitikerinnen erklärten, sie hätten die Erfahrung gemacht, dass Frauen den Mehrwert dieses Lerneffektes erkennen würden und eine einmal angefangene Sache zu einem guten Ende bringen wollen. Die investierte Zeit soll nicht umsonst gewesen sein. Zudem erklärten die Politikerinnen, dass sie eine Sache, die sie einmal angefangen haben, auch richtig machen wollen. Seitens der Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern wurde diese Tatsache immer wieder als besonders positiv hervorgehoben. Weibliche Parteimitglieder würden übernommene Aufgaben zuverlässig und in hoher Qualität erfüllen. Das könne man von männlichen Parteiangehörigen nicht immer behaupten.

Frauen, die sich einmal in die komplizierte Thematik eingearbeitet haben, sollten von den Parteien und Wählergemeinschaften auf alle Fälle „gehalten" werden, in welcher Funktion oder Position auch immer. Sie stellen ein wichtiges Reservoir für künftige Kandidaturen dar. Übereinstimmend erzählten viele der befragten Frauen, dass Kommunalpolitik ihnen Spaß bereiten würde, dass man nur schwer davon wieder los käme.

Kreistag Vorpommern-Greifswald
Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald

5. Fazit und Ausblick: klares Ziel, langer Weg

5.1. WÜNSCHENSWERTE ENTWICKLUNGEN[113]

Um mehr Frauen für politische Mandate zu gewinnen, sollte man aus Sicht der befragten Politikerinnen nicht nur darüber nachdenken, an welchen Orten geeignete Kandidatinnen zu finden sind, sondern auch neue Angebote schaffen. Einige traten dafür ein, ein Frauenmentoringprogramm auf den Weg zu bringen. Andere plädierten für die Einrichtung von Frauenforen, um über Kommunalpolitik zu informieren. Allerdings gab es auch Politikerinnen, die meinten, es wäre besser, wenn man erst einmal „ins kalte Wasser springen" würde. Zu viele Informationen über die Arbeit von Kommunalpolitikerinnen könnten eher abschreckend wirken. Es müsse daher überlegt werden, wie interessierte Frauen an Themen herangeführt werden könnten. In diesem Zusammenhang plädierten sie dafür, auch die Möglichkeit für eine zeitlich begrenzte Mitwirkung an überschaubaren Projekten einzuräumen. Auf diese Weise wäre es möglich, bei kommunalpolitischen Projekten eine größere Bürgerbeteiligung zu erreichen, mit Hilfe derer man durchaus Widerstände der Verwaltung überwinden könnte.

Übereinstimmung bestand bei allen befragten Frauen darin, dass eine direkte – manchmal auch mehrfache – Ansprache stattfinden müsse. Hilfreich seien persönliche Kontakte. Die Ansprache sollte themenbezogen sein, d. h. an den Interessen und Anliegen der potentiellen Mitstreiterinnen anknüpfen. Die Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien verwiesen dabei vor allem auf ihre Frauenorganisationen. Frauen würden sich eher durch Frauen ansprechen lassen. Im Vordergrund sollte dabei allerdings nicht die Werbung um Parteimitglieder stehen, sondern die Gewinnung von interessierten Frauen für politische Aktivitäten. Die Ansprache selbst sollte schon früh einsetzen, so z. B. in Schulen oder an Universitäten. Dabei sollte auch auf erfahrene Kommunalpolitikerinnen zurückgegriffen werden, die vor Ort über ihre Arbeit berichten könnten. Sie selbst könnten interessierten Frauen anbieten, sie bei ihrer kommunalpolitischen Arbeit zu begleiten. Auf diese Weise würden sie quasi als „Praktikantinnen" in Netzwerke eingebunden werden.

Zudem sollte in der Öffentlichkeit mehr darüber aufgeklärt werden, dass Kommunalpolitik eigentlich Frauenpolitik sei, weil die getroffenen Entscheidungen unmittelbar Auswirkungen auf die Situation der Bürgerinnen und Bürger haben. Als positives Beispiel, das fortgeführt werden solle und über das in den Medien berichtet wurde, wurde die „Frauenbürgerschaft" mit dem Gender-Budgeting in Rostock erwähnt, das in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten und der Verwaltung stattfand.

Eine wichtige Rolle bei der Werbung von Nachwuchspolitikerinnen wurde in den Gesprächen den Medien zugeschrieben. So würde eine differenzierte und sachliche Berichterstattung über Kommunalpolitik Interesse wecken können, während Berichte, die sich nur mit Konflikten beschäftigen, eher die Abneigung dagegen verstärken und dadurch demotivierend wirken. Die bereits erwähnten „Vorbilder" wären wichtige Faktoren, um Interessierte an Politik heranzuführen.

Vorgeschlagen wurde auch die Verabschiedung neuer Gesetze[114], so z. B. die Einführung des erwähnten Parité-Prinzips oder die Festlegung, dass eine Mindestzahl der Kreis- oder Landtags- bzw. der Bürgerschaftsabgeordneten weiblich sein müssen. Sollte das nicht erreicht werden, sollten die Plätze frei bleiben. Dadurch würden die Parteien nicht nur gezwungen, genügend weibliche Kandidaten auf ihren Listen zu haben, sondern auch dafür zu sorgen, dass sie gewählt werden würden.

Eine andere vorgeschlagene Regelung sollte ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern die Möglichkeit einräumen, einen Tag im Monat für ihr Ehrenamt freigestellt zu werden. Häufig wurde auch für mehr Verständnis der Arbeitgeber für das ehrenamtliche Engagement geworben, würde dies doch auch von Vorteil für sie sein (Informationen über geplante Vorhaben, positives Image).

In diesem Zusammenhang wurde die geringe Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker als Hemmnis bei der Gewinnung von Frauen für Kommunalpolitik genannt. Es sei wünschenswert, die Mittel dafür deutlich aufzustocken, um den Kraft- und Zeitaufwand angemessen honorieren zu können. Ein erster Schritt könnte die Abschaffung der Versteuerung der Aufwandsentschädigungen für das Ehrenamt sein. Einige Kommunalpolitikerinnen plädierten für die

Einführung einer hauptamtlichen kommunalen Ebene. Allerdings waren sich alle einig, dass es eine klare Priorisierung der Reihenfolge geben sollte: Zuerst mehr Anerkennung und danach die „dezente“ Verbesserung der materiellen Situation.

Von besonderer Bedeutung für die Gewinnung von Frauen für politische Mandate waren für viele Kommunalpolitikerinnen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit zwischen Beruf, Ehrenamt und Familie. Dazu sollten die Sitzungszeiten familienfreundlicher gestaltet und der ÖPNV verbessert werden. Die Sitzungen selbst sollten zeitlich begrenzt werden und über eine klare Agenda verfügen. Materialien könnten online versandt und die technischen Kommunikationsmöglichkeiten stärker genutzt werden. Generell sollte die Digitalisierung der Kommunalpolitik vorangetrieben werden.

Junge Mütter müssten sich darüber hinaus darauf verlassen können, dass zu den Sitzungs- und Parteiterminen die Kinderbetreuung verbindlich geregelt ist (24h-Kita als Option).

Für alle Befragten stand fest, dass der Schritt in die Kommunalpolitik kein leichter ist. Nicht selten geschieht er zufällig. Aber nach Anfangsschwierigkeiten und trotz der kontinuierlich präsenten Hürden bleibt es eine Aktivität, die Spaß macht. Gerade das Engagement vor Ort, an der eigenen familiären und beruflichen Wirkungsstätte wurde als bereichernd beschrieben. Als Wunsch wurde aus dieser Erfahrung abgeleitet, dass der Einstieg gefördert werden müsse, nicht nur weil es für die Gesellschaft von Bedeutung ist, sondern gerade, weil nach dem ersten „Berg“ die „Droge“ Politik wirkt und die weitere Partizipation in welcher Rolle auch immer schnell zur Selbstverständlichkeit wird.

5.2. ABGELEITETE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Auf der Basis bereits vorliegender Analysen zur Erhöhung des Frauenanteils in der (Bundes-), Landes- und Kommunalpolitik sowie unter Einbeziehung der Erfahrungen der Erhebung dieser Studie lassen sich Handlungsoptionen auf vier Ebenen zusammenfassen:

1. Gewinnung von Frauen für politische Partizipation im Allgemeinen
2. Fördermöglichkeiten der Parteien
3. Institutionelle und strukturelle Reformen
4. Veränderung der (politischen) Kultur

GEWINNUNG VON FRAUEN FÜR POLITISCHE PARTIZIPATION IM ALLGEMEINEN

Dieser Punkt ist freilich nicht auf Frauen beschränkt, sondern kann vor dem Hintergrund von sinkenden Mitgliederzahlen bei Parteien, relativ geringen Wahlbeteiligungen und zumindest in den ostdeutschen Bundesländern einer dünnen Decke an zivilgesellschaftlicher Organisationen für die gesamte Bevölkerung gelten. Dabei geht es um die Sensibilisierung für gleichberechtigte Teilhabe bei politischem Engagement und Partizipation. Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit sind hier genauso nötig wie Transparenz von politischen Entscheidungen und Strukturen. Darüber hinaus bedarf es erfolgreicher Symbolfiguren wie auch niedrigschwelliger Einstiegsangebote. Letzteres wäre eine parteiunabhängige, möglicherweise im ersten Schritt nur themenbezogene Partizipation.

Es ist darauf hinzuweisen, dass bei den drei von dieser Studie identifizierten Typen von potentiellen Kommunalpolitikerinnen unterschiedliche Varianten der Ansprache denkbar sind, aber auch gefunden werden müssen, um sie für Kandidaturen und politische Mandate zu gewinnen. Varianzen in Sozialisation, Mediennutzung und gesellschaftlicher Zielsetzung legen dies nahe.

FÖRDERMÖGLICHKEITEN DER PARTEIEN

Diejenigen, die den ersten Schritt gemacht haben, in eine Partei oder überhaupt in eine politische Arena eingetreten sind, sollten gezielt gefördert werden. Mentoring und Weiterbildungen sind hier in der Literatur und Praxis allgemein als hilfreich beschrieben worden. Für Weiterbildungen kann das unbedingt unterstrichen werden. Es geht um:

- die Vermittlung von fachlichen Kompetenzen,
- Informationen über den kommunalpolitischen Alltag und seine Abläufe sowie rechtliche Hintergründe und Prozesse und
- die Entwicklung von Handlungskompetenzen

Das alles dient nicht nur dazu, die Fülle der Informationen und Aufgaben in Parteien und in der (Kommunal)-Politik zu verarbeiten, sondern fördert die Bekanntheit, vermittelt Erfahrungen und trägt dazu bei, über Netzwerke mögliche Hilfsstellung im Amt zu bieten.

Im Mentoring steckt die Ambivalenz, dass es zunächst zeitaufwendig ist und bei Mentees die Sorge vor Konkurrenz nach sich ziehen kann. Hier sind indirekte Wege, wie sie in den Parteien zum Teil schon

Stadtvertretung Schwerin
Quelle: Landeshauptstadt Schwerin

praktiziert werden, zielführend. Dazu können Lehrgänge auf Bundesebene, die Einbindung von sachkundigen Einwohnerinnen oder möglicherweise das Dasein als „Praktikantin“ von Mandatsträgerinnen oder -trägern gehören.

Parteien können mit einem festen Quotensystem bei Listenaufstellungen und einer offenen Organisationskultur die Förderung und den Einstieg von Frauen in Politik und Mandate erleichtern. DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN praktizieren dies und sehen in der langen Rückschau die Vorzüge.

Mit Frauen auf einer Kandidatenliste ist die Gleichberechtigung im Parlament noch nicht sichergestellt. Es gilt auch, Unterstützung im Wahlkampf zu organisieren. Kandidatinnen werden in der Medienöffentlichkeit und von den Wählerinnen und Wählern anders wahrgenommen als Männer. Politik ist für viele noch ein männliches Geschäft. Daher ist gerade in diesem Bereich eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit notwendig, die die Besonderheiten und Vorteile weiblicher Führung offensiv herausstellt. Dadurch könnte dem Phänomen des *double bind* für Frauen in der Politik entgegengewirkt werden, der dazu führt, dass falsch ist, was immer sie tun.[115] Gleichzeitig wäre das eine Möglichkeit, um Vorbilder für junge Nachwuchspolitikerinnen zu präsentieren und sie für eine Karriere in der Politik zu gewinnen, ihnen Mut zu machen.[116]

Parteien in Regierungsverantwortung haben die Chance, Ministerien und Parlamentarische Staatsekretärsstellen gezielt weiblich zu besetzen. Auf diesem Wege wäre eine Veränderung der entsprechenden Wahrnehmung und Kultur möglich.

INSTITUTIONELLE UND STRUKTURELLE REFORMEN

Die Vereinbarkeit von Politik mit Familie und – im Fall von ehrenamtlicher Kommunalpolitik – dem Beruf wurde bereits thematisiert. Eine langfristige Veränderung sollte jedoch darauf gerichtet sein, dass die zentrale Ressource Zeit so nachhaltig und geschlechtsunabhängig im politischen Raum gemanagt wird wie möglich. Vereinbarkeit heißt im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern dann im Zweifel, neue Kommunikationswege zu beschreiten. Bei der Überwindung von langen Wegen kann die Digitalisierung, aber mehr noch die Bereitstellung der entsprechenden technischen Möglichkeiten – für den Landtag wurden Tablets zum Standard – für Mandatsträgerinnen und -träger Großes leisten.

VERÄNDERUNG DER (POLITISCHEN) KULTUR

Neben den dargestellten „kleinen“ Schritten bleibt es wichtig, die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft weiter voran zu bringen. Dies bedeutet, dass überkommene Bilder in der Realität und Vermittlung überwunden werden müssen. Prägende Rollenbilder haben sich immer wieder gewandelt. Diese Entwicklung kann und sollte forciert werden. Denkbar und wünschenswert wäre es, wenn dies mit einer grundlegenden Dekonstruktion zur Vermeidung der Reproduktion der „alten Verhältnisse“ verbunden wäre.

Kreistag Mecklenburgische Seenplatte
Quelle: Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

FAZIT

Die Politik kann von einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an der Politik, also *„jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung allgemein verbindlicher Reglungen und Entscheidungen in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt“*[117], nur profitieren. Ausgewogenere Diskussion, mehr Konsensorientierung in Verbindung mit einer angemessenen, primär sachorientierten Streitkultur sowie die Einbindung des weiblichen Fähigkeiten- und Dispositionsspektrums sollten zielstrebig einer Umsetzung zugeführt werden.

Zusammenfassung

Die Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft ist ein Anspruch, der scheinbar Selbstverständlichkeit in Deutschland ist. Zumal er über Artikel 3 des Grundgesetzes bereits seit 1949 ein Auftrag, auch an den Staat, mit Verfassungsrang ist. Da in der Öffentlichkeit die Teilhabe an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur als Gradmesser für Gleichstellung gilt – und im 21. Jahrhundert als gesamtgesellschaftliche Thema wahrgenommen wird – gewinnt die Frage, wie mehr Frauen für solche Positionen gewonnen werden können, an Bedeutung.

Vergleicht man Mecklenburg-Vorpommern mit anderen bundesdeutschen Ländern, so lassen sich einige Besonderheiten feststellen, die durch die Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsentwicklung und regionale Prägungen bedingt sind. Darüber hinaus gibt es seit der Kreisgebietsreform von 2011 hier die größten Landkreise in der Bundesrepublik.

Die Zivilgesellschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern nur schwach ausgebildet. Vor allem die Abwanderung der jüngeren, tendenziell aktiveren Bevölkerung in die Städte wirkt sich negativ aus.

Ein weiterer Prozess, der im Hintergrund stattfindet, ist der generationale Wechsel. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nimmt der Anteil der im geeinten Deutschland sozialisierten Bevölkerung zu. Welche Implikationen dies für das Gemeinwesen hat und haben wird, ist bisher nicht absehbar.

KURZFASSUNG WICHTIGER ERGEBNISSE

1. In Mecklenburg-Vorpommern wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU nach der Landtagswahl 2011 der Anspruch formuliert: „Mehr Frauen sollen ermutigt werden, sich in der Politik zu engagieren“. Die vorliegende Studie liefert hierzu erstmals eine umfangreiche quantitative und qualitative Erhebung, die für das Bundesland Faktoren von Relevanz herausarbeitet.

2. Frauen in Mecklenburg-Vorpommern sind schon bei den Bewerbungen um ein Abgeordnetenmandat in den demokratischen Vertretungen auf kommunaler Ebene, im Landtag oder im Bundestag stark unterrepräsentiert.

3. Für das Bundesland lässt sich nachweisen, dass es bis Mitte der 2000er Jahre einen Anstieg des Frauenanteils in der Landespolitik gegeben hat. Danach fällt der Wert ab. Wesentlichen Einfluss auf diesen Trend hatte der Einzug der FDP und der NPD 2006 in das Landesparlament. Die FDP drückte mit nur einer Frau unter sieben Abgeordneten den Durchschnitt. Die Rechtsextremisten hatten bisher noch nie eine Mandatsträgerin im Landtag. Der leichte Anstieg nach der Wahl 2011 wurde sowohl durch das sehr gute Wahlergebnis für die SPD als auch durch den Einzug von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beeinflusst.

4. Im Schnitt liegt das Eintrittsalter von Frauen in ein Mandat auf kommunaler Ebene bei etwas mehr als 39 Jahren. Wenn Frauen Landtagsmandate übernehmen, sind sie im Durchschnitt ca.

vier Jahre älter. Insgesamt sind sie durchschnittlich jünger als ihre männlichen Pendants. Das Bildungsniveau sowohl der weiblichen Landtagsabgeordneten als auch der Kommunalpolitikerinnen ist ausgesprochen hoch (≥ 80 Prozent mit einem universitären oder vergleichbaren Abschluss) und durchschnittlich höher als das der Männer mit vergleichbaren Mandaten. Die Anzahl der Kinder (≥ 1,9) liegt deutlich über der des Bevölkerungsdurchschnitts (1,3). Mit Blick auf die NPD fällt auf, dass die Partei, die ideologisch den Kinderreichtum in den (deutschen) Familien fördern möchte, in der Person ihrer Parlamentarier nicht mit „gutem" Beispiel voran geht.

5. In der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hatten Frauen seit 1990, neben wenigen Staatssekretärinnenpositionen, die Ministerien Finanzen (durchgängig), Umwelt, Bildung, Justiz und Soziales inne. Trotzdem gab es nie mehr als drei weibliche Ministerinnen und drei Staatssekretärinnen gleichzeitig. Letztgenannte Kombination stellt dabei seit 2011 einen Höhepunkt dar. Gemessen an den Möglichkeiten der jeweiligen Ministerpräsidenten, die seit 1990 insgesamt 83 Ministerposten besetzen konnten, bleibt der Frauenanteil mit lediglich 22 Positionen in den Landesregierungen deutlich verbesserungswürdig.

6. Mecklenburg-Vorpommern belegt bei den kommunalen Mandaten mit einem Frauenanteil von 25 Prozent Rang zwei unter den ostdeutschen Ländern. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den beiden Landesteilen. Während in der Kommunalpolitik in Mecklenburg der Frauenanteil zwischen 21 und 38 Prozent liegt, werden in Vorpommern nur 15 bis 23 Prozent erreicht.

7. Der Frauenanteil allein sagt noch wenig über reale Machtpositionen aus. Wichtige Funktionen – wie z. B. die Fraktionsvorsitze – sind in den sechs Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten nach der Kommunalwahl zum überwiegenden Teil in Männerhand geblieben.

STATISTISCHE DATEN ZU BEFRAGTEN KOMMUNALPOLITIKERINNEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

8. Unter den befragten Kommunalpolitikerinnen lag der Altersschnitt mit knapp 54 Jahren etwa in dem Bereich, der in anderen Studien ermittelt wurde. 23 Prozent der Frauen wurde vor 1950 geboren und etwa genauso viele nach 1975. Bei den Letztgenannten sind alle - bis auf eine Ausnahme - Mitglied einer etablierten Partei.

9. Der größte Teil (80 Prozent) der Gesprächspartnerinnen verfügt über eine abgeschlossene Hoch- oder Fachschulausbildung. Alle Befragten sind beruflich arriviert. In der Mehrheit der Fälle üben sie Tätigkeiten aus, die eine hohe Außenkommunikation implizieren (Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, Selbstständige o. ä.).

10. Alle befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, zehn oder mehr Jahre an dem Ort zu leben, in dem sie gewählt wurden. Ein Teil war dort auch geboren. Die Mehrheit der anderen kam zumindest aus Mecklenburg-Vorpommern.

FÖRDERNDE FAKTOREN – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

11. Die Verbundenheit mit der Region ist für alle befragten Kommunalpolitikerinnen relevant. Die persönliche Bekanntheit und Verwurzelung im regionalen Umfeld wirkt sich vorteilhaft auf die Chancen, gewählt zu werden, aus. Gerade in kleineren Gemeinden (ca. 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner) spüren weibliche Kandidatinnen diesen positiven Effekt.

12. Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern sehen in der Lösung des Vereinbarkeitsproblems einen wichtigen Faktor, um Frauen für politische Ämter zu gewinnen. So sollten Veranstaltungen am Wochenende tabu sein. Die Tagungsorte sollten über die Infrastruktur zur Kinderbetreuung verfügen, oder es sollten Möglichkeiten erschlossen werden, um Kinder zu Hause oder in 24h-Kitas betreuen zu lassen.

13. Ein besonderes Problem stellen die großen Entfernungen zwischen Arbeits- bzw. Wohnort und dem jeweiligen Sitz des Kreistages dar, die sich infolge der Kreisgebietsreform nochmals verlängert haben. Hier könnten nach Meinung der Kommunalpolitikerinnen z. B. wechselnde Sitzungsorte relativ schnell zu Verbesserungen respektive einem Ausgleich führen.

14. Politikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern halten bei Kommunalwahlen das Parteilabel bis zur Wahl für wichtig. Sie schätzen vor allem die strukturelle Unterstützung und die Netzwerkarbeit innerhalb der Parteien. Da Kommunalwahlen jedoch Personenwahlen sind, ist die Bekanntheit der Kandidatinnen höher zu bewerten.

15. Neben der Verankerung in der Zivilgesellschaft profitieren erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern auch von öffentlicher Anerkennung, sei es in Gestalt von Preisen (Helene-Weber-Preisträgerinnen) oder einer positiven Darstellung in den Medien.

HEMMENDE FAKTOREN – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

16. Innerparteiliche Strukturen oder männliche Rituale wurden von vielen Kommunalpolitikerinnen als eher hemmende Faktoren empfunden. Einige sprachen auch über eine sich verstärkende innerparteiliche (männliche) Konkurrenz, sobald Frauen bei Kandidaturen oder in der Öffentlichkeit erfolgreicher seien.

17. Quotierung wird seitens der Landesgeschäftsführenden der demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern als wichtiges Instrument generell befürwortet. Kommunalpolitikerinnen halten sie nicht für ausreichend, um mehr Frauen den Weg in politische Ämter zu ermöglichen. Sie wünschen sich alternierende Wahllisten für Frauen in den kommunalen Gremien bzw. die Einführung eines Parité-Gesetzes nach französischem Vorbild.

18. Kommunalpolitikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern empfinden die Größe der Landkreise als besondere Herausforderung für das ehrenamtliche Engagement. Mit der Kreisstrukturreform wurden den Landkreisen zudem mehr Aufgaben zugewiesen, die beraten und entschieden werden müssen. In der Konsequenz nimmt die zeitliche Belastung deutlich zu, und junge Frauen mit kleinen Kindern haben erhebliche Probleme bei der Vereinbarkeit.

19. Auch der in manchen Landkreisen vorhandene Spardruck wirkt sich demotivierend aus. Darüber hinaus werden Gestaltungsspielräume durch die hauptamtliche Verwaltung de facto beschränkt. Dadurch fehlen Freiräume, um gestalten zu können, es fehlen Erfolge, die motivierend wirken könnten.

EINSTIEGSWEGE – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

20. Viele der in Mecklenburg-Vorpommern befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, dass sie z. T. mehrmals persönlich angesprochen wurden und so zu ihrem politischen Engagement kamen. Die Ansprache sollte themenbezogen sein, d. h. an den Interessen und Anliegen der potentiellen Mitstreiterinnen anknüpfen.

21. Oftmals sind es weibliche Vorbilder, die das Interesse an politischen Aktivitäten wecken. Erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker können als Vorbilder für den Einstieg in die Politik wirken und für Kommunalpolitik werben. Wichtig wäre es, sie als Mentorinnen und Mentoren für Nachwuchspolitikerinnen zu gewinnen. Auf sie könnte zurückgegriffen werden, um vor Ort über ihre Arbeit zu berichten, und sie könnten interessierten Frauen anbieten, sie bei ihrer kommunalpolitischen Arbeit zu begleiten.

22. Frauen, die sich einmal in die komplizierte Thematik „Kommunalpolitik“ eingearbeitet haben, sollten von den Parteien und Wählergemeinschaften „gehalten“ werden. Sie stellen ein wichtiges Reservoir für künftige Kandidaturen dar.

23. Eine Möglichkeit, um Netzwerke zu initiieren und Erfahrungen zu vermitteln, können Input- und Diskussionsworkshops sein. Über diese können parteiübergreifend aktive Landes- und Kommunalpolitikerinnen, sachkundige Einwohnerinnen und Interessierte zusammengebracht und möglicherweise für ein (weiteres) Engagement gewonnen werden.

Es zeigt sich, dass regionale Spezifika wie die ländliche Prägung, Infrastruktur, Demografie, aber auch politische Kultur neben männlich geprägter Kommunikation und Verhaltensweisen sowie parteiinternen Dynamiken eine zentrale Rolle spielen. Nicht zuletzt entscheiden die Wählerin und der Wähler über die Erlangung von Mandaten. Ungeachtet dessen bleibt es vor dem Hintergrund von Mitglieder- und Kandidatenschwund sowie des Mehrwertes einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern Aufgabe, das vorhandene Reservoir in der Bevölkerung zu aktivieren und besser auszuschöpfen.

Anmerkungen

1 Es handelt sich also eher um eine Willensäußerung, die über verschiedene Berichte allerdings bereits evaluiert wurde und damit perspektivisch auf dem Weg zur Mitteilung (weitergehende Information) oder Richtlinie – welche einen Kernbestand zur Umsetzung den einzelnen nationalen Mitgliedern mit Spielraum überlässt – ist.

2 Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess KOM/2000/0120 endg. unter: *http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52000DC0120* (13.08.2014).

3 Hoecker, Beate, 50 Jahre Frauen in der Politik, Späte Erfolge, aber noch nicht am Ziel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24-25/2008, S. 11.

4 Ebd., S. 12f.

5 Ebd., S. 14.

6 Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 6. Wahlperiode 2011 – 2016, S. 43.

7 Die Datenerhebung erfolgt in allen Fällen auf der Grundlage offizieller Quellen: Landeswahlleiterin, Statistisches Landesamt, Statistikstellen der Städte und Kreise sowie ganz wesentlich auf die Datenhandbücher des Landtages. Dabei wird bei letzteren nicht zwangsläufig auf die je letzte Ausgabe zurückgegriffen. Wenn Abgeordnete vorzeitig ausscheiden oder dann entsprechend nachrücken, werden sie so behandelt als wären sie die gesamte Zeit im Landtag vertreten gewesen (Stand der Datenhandbücher, 1990-1994 (1.12.1992); 1994-1998 (26.06.1997); 1998-2002 (31.01.1999); 2002-2006 (Januar 2003); 2006-2011 (September 2007); 2011-2016 (April 2014).). Sie dienen als Basis, um Alter, Kinderzahl und Verweildauer im Langzeitschnitt zu ermitteln. Veränderungen von Ausschussbesetzungen sind damit nicht oder nur sehr bedingt nachzuvollziehen. Hierfür wäre ein lückenloser Rückgriff auf alle Ausgaben der Handbücher notwendig. Diese sind voraussichtlich in der Landtags- oder auch der Landesbibliothek zu finden. Es kann aber trotzdem nicht ausgeschlossen werden, dass es Veränderungen gibt, die dann trotzdem unbemerkt bleiben würden. Aus diesem Grund wird die Besetzung von Ausschüssen nicht in die Ausführungen zur Datenerhebung und -auswertung einbezogen, wiewohl diese neben Fachkompetenz auch einen Aspekt von Gleichstellung beinhalten. Im Fall der Landesregierungen werden alle (großen) Kabinettsumbildungen berücksichtigt. Für die Darstellung der Kandidatenverhältnisse und Geschlechterverteilung in den Kreistagen und Bürgerschaften sind zusätzlich die Publikationen der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern des Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock hinzugezogen worden (Siehe hierzu: Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Publikationen der AG, abrufbar unter: *http://www.ipv.uni-rostock.de/forschung/arbeitsgruppen/ag-politik-und-wahlen-in-mv* (Stand: 16.11.2015); im Besonderen Nestler/Scheele 2014. Bei der Ermittlung der Durchschnittswerte von Verweildauer und Alter wird zum ersten je eine vollständig absolvierte Legislaturperiode und zum zweiten ein Jahresmittelwert – also unabhängig vom konkreten Geburtsdatum – herangezogen. Im Fall der Partei DIE LINKE wird lediglich der aktuelle Parteiname in den Tabellen und Abbildungen verwendet. Die Dokumentation zum Landtag ist wegen der Datenlage umfänglicher und mit weniger Leerstellen möglich. Die Bürgerinformationssysteme der Kreistage und Bürgerschaften im Bundesland werden längst nicht in der Art aufbereitet wie die Datenhandbücher. Damit ist für eine gleichwertige Erhebung auf der kommunalen Ebene ausnahmslos eine direkte Befragung der Abgeordneten notwendig geworden. Aus diesen und den Daten der Landesebene lassen sich aber durchaus, zusammen mit den Ist-Stands-Erhebungen der Landkreise, Rückschlüsse ziehen.

8 Nordwestmecklenburg, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Rügen, Landkreis Rostock, Ludwigslust-Parchim. In Vorpommern-Greifswald ist der Termin trotz mehrerer Anläufe leider nicht zustande gekommen.

9 Die Interviews wurden von einem Brief der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales angekündigt (Kreise und kreisfreie Städte) und dann in Absprache zwischen diesen und den Forschenden durch Vermittlung des Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. ermöglicht. Eingeladen waren dabei grundsätzlich alle Mandatsträgerinnen und zum Teil auch sachkundige Einwohnerinnen. In dieser Konstellation lag die Rücklaufquote bei 35/128 (27,34 Prozent).

10 Engagiert vor Ort, Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Erste Ergebnisse einer bundesweiten quantitativen und qualitativen Befragung von Frauen in der Kommunalpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) Osnabrück, Stand November 2008, S. 3.

11 Lukoschat, Helga, Belschner, Jana, Frauen führen Kommunen, Berlin 2014, S. 31f.

12 Bauer, Uta, Dähner, Susanne, Frauen machen neue Länder – Frauenkarrieren in Ostdeutschland, Bundesministerium des Innern (Hg.), Berlin 2010 (Auftraggeber: Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder), S. 11.

13 Lukoschat, Belschner, S. 18.

14 Ebd.

15 Holtkamp, Lars, Wiechmann, Elke, Genderranking deutscher Großstädte 2013, Studie im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung (Reihe Demokratie, Bd. 35).

16 Holtzkamp, Wiechmann, S. 17.

17 Lukoschat, Belschner, S. 10.

18 Ebd., S. 16.

19 Kumulieren und Panaschieren ist die Möglichkeit bei einem „Personen-Mehrstimmenwahlsystem mit offener Liste" seine Stimmen – drei bei der Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern – auf eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu „häufen" respektive auf verschiedene zu verteilen. *http://www.wahlrecht.de/lexikon/index.html* Stand: 11.01.2016).

20 Holtzkamp, Wiechmann, S. 18.

21 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder", Berlin 12. April 2013, Ernst und Young – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder.

22 Lukoschat, Belschner, S. 17.

23 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder", S. 2.

24 Ebd., S. 86.

25 Ebd., S. 85.

26 Ebd., S. 86.

27 Vgl. dazu auch Hübner-Oberndörfer, Conchita, Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern und abzuleitende Optionen für die Landespolitik, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2010, S. 26ff.

28 Vgl. Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2014, S. 24.

29 Vgl. *http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp* (21.11.2014)

30 Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Statistik, Ausgabe 2013, S. 6, (24.11.2014).

31 Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 23.

32 Vgl. Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 7.

33 Vgl. dazu auch Werz, Nikolaus, Koschkar, Martin, Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2016.

34 Huchel, Philipp, Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Koschkar, Martin, Nestler, Christian, Scheele, Christopher (Hg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 204.

35 Dieser Befund Huchels wird durch den Mecklenburg-Vorpommern Monitor (2010) bestätigt. Danach fühlen sich 25 Prozent der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns als Mecklenburger, 17 Prozent als Norddeutsche und nur 14 Prozent als Ostdeutsche. Vgl. TMS Emnid (Hg.), Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2010, S. 18. Die aktuellste Umfrage zum Thema ist zum 3. Oktober 2014 als Beilage zu (ostdeutschen) Tageszeitungen veröffentlicht worden: Wertewandel Ost, Gesellschaftsstudie zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution & des Mauerfalls, zebra group (Auftraggeber), Deutsche Gesellschaft e.V. (Unterstützer), Institut für Demoskopie Allensbach (Umfrage), *http://sonderbeilagen.svz.de/svz/2014/10/02/zgda/1* (01.12.2014).

36 Ebd.

37 Vgl. Werz, Nikolaus, Die Bürger- und Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern, in: Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl, Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Darmstadt 2013, S. 116ff.; So geht Einheit, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, (Hg.) Berlin 2015, S. 46f.

38 Vgl. Olk, Thomas, Gensicke, Thomas, Stand und Entwicklung des Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland, Bundesministerium des Inneren (Hg.), Berlin 2013, S. 147.

39 Umfrageergebnisse zu Ehrenamt und ehrenamtlicher Arbeit, statista, unter: *http://de.statista.com/themen/71/ehrenamt/* (01.12.2014).

40 So geht Einheit, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S. 46f.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Bundesministerium des Innern (Hg.), Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Berlin 2013; Liebmann, Heiko, Zivilgesellschaft unter Schrumpfungsbedingungen, in: Becker et al. (Hg.), Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart 2010, zitiert nach: So geht Einheit, S. 46f.

44 Vgl. dazu, Koschkar, Martin, Lettrari, Adriana, Nestler Christian, Eine temporale Perspektive – Die Frage der Generationen im vereinigten Deutschland am Fallbeispiel der Wendekinder , in: Werz, Koschkar, S. 301-326.

45 Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen, Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 9. Jahrgang, 2012, Heft 1, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hg.).

46 Ebd., S. 114.

47 Ebd., S. 115.

48 Vgl. Hoecker, Beate, 50 Jahre Frauen in der Politik, S. 14.

49 Schwabbauer, Steffi, Frauen und Kommunalpolitik, Magisterarbeit, Rostock 2001, S. 48.

50 In der Legislaturperiode 1998 bis 2002 saß Monty Schädel als Parteiloser im Landtag. Er gehörte der Fraktion der PDS an.

51 Vgl. Welzel, Christian, Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite – Aufstieg einer demokratischen Gegenelite?, in: Bürklin, Wilhelm, Rebenstorf, Hilke, u. a., Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 201-237.

52 Vgl. Nestler, Christian, Wendekinder in den ostdeutschen Landtagen [i.P.].

53 Für die „kleinen" Parteien wurde deshalb eine Darstellung als Säulendiagramm gewählt.

54 Eigene Berechnungen.

55 Chojecka, Julia, Lukoschat, Helga, Deutschlandreport, Eine Analyse der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 unter Gleichstellungsaspekten, unter: *http://frauen-macht-politik.de/fileadmin/eaf/Dokumente/EAF_Deutschlandreport.pdf*, S. 9 (01.10.2014).

56 Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen, 2012, S. 115.

57 Nestler, Christian, Schütt, Sarah, Die Europawahl 2014, in: Nestler, Christian, Scheele, Christopher (Hg.), Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostocker Informationen zur Politik und Verwaltung, H. 33, Rostock 2014, S. 22

58 Ebd., S. 22.

59 Vgl. 2. Atlas zu Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland, S. 8.

60 Ebd., S. 14.

61 Ebd., S. 10.

62 Ebd., S. 11.

63 Ebd., S. 16.

64 In der bereits erwähnten Studie aus dem Jahr 2013 „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder" wurde darauf hingewiesen, dass die Daten für Mecklenburg-Vorpommern unter dem Vorbehalt stehen, dass für bestimmte Analyseebenen kaum oder keine Daten des statistischen Landesamtes zur Verfügung standen. So fehlten z. B. Angaben zur Zusammensetzung der Gemeindevertretungen von 116 Gemeinden, zur Parteizugehörigkeit von mehr als der Hälfte der Gemeindevertreterinnen und zum Geschlecht der Ausschussvorsitzenden in den Gemeinden. Hier zeigt sich ein Forschungsdesiderat. Vgl. Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder", S. 43f.

65 Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, unter: *http://www.landkreistag-mv.de/de/gremien/vorstand/* (13.11.2015)

66 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder", S. 41.

67 Ebd.

68 Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen, 2012, S. 115.

69 Vgl. Bauer, Uta, Dähner, Susanne, Frauen machen neue Länder – Mehr Raum für starke Frauen, Bundesministerium des Innern (Hg.), Würzburg, Stand Oktober 2011 (Auftraggeber: Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder), S. 45.

70 Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen, S. 115.

71 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 43.

72 Ebd., S. 44.

73 Schwabbauer, Steffi, Frauen und Kommunalpolitik, S. 56.

74 Kophal, Annemarie, Die Rostocker Bürgerschaft ab 1990: Herkunft und soziale Vernetzung, Magisterarbeit, Rostock 2005, S. 48.

75 Eigene Berechnungen.

76 Huchel, Philipp, Landeshauptstadt Schwerin, in: Nestler, Scheele, S. 110.

77 Vgl. Höfert, Tino, Landkreis Nordwestmecklenburg, in: Nestler, Scheele, S. 41.

78 Hupe, Mandy, Roggenbuck, Josefine, Rusch, Robert, Landkreis Rostock, in: Nestler, Scheele, S. 52.

79 Pietsch, Franziska, Scheele, Christopher, Landkreis Vorpommern-Rügen, in: Nestler, Scheele, S. 65.

80 Eckert, Carlo, Müller, Tobias, Landkreis Vorpommern-Greifswald, in: Nestler, Scheele, S. 76 und S. 80.

81 Vgl. Tabelle 12.

82 Vgl. Annemüller, Maria, Lemke, Florian, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, in: Nestler, Scheele, S. 98.

83 Nestler, Christian, Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2013 – zahlreich aber chancenlos, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4 (2014), S. 796-811.

84 Dabei werden nur die Parteien einbezogen, die auch 2014 Mandate errungen haben. Daher ergeben die Gesamtsummen nicht die Werte aus Abb. 10.

85 Selbstverständlich gilt es zu beachten, dass zu den letzten Wahlen (seit 2011) mit dem Kumulieren und Panaschieren die oben skizzierten Schwierigkeiten des „Listenumsatzes“ greifen.

86 Höfert, Tino, Landkreis Nordwestmecklenburg, S. 47.

87 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 47.

88 Aussagen zu einzelnen Parteien können auf dieser Basis jedoch nicht getätigt werden, weil die Aussagen durch die starke Aufsplitterung, unter 35 Befragten waren mindestens acht Organisationen vertreten, nicht belastbar wären. Daher wird lediglich der Vergleich zwischen dem Durchschnitt der Landes- und der kommunalen Ebene bemüht. Darüber hinaus werden eigenständige Aussagen getroffen.

89 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 47.

90 Ebd.

91 Ebd. und Lukoschat, Belschner, S. 36f.

92 Ebd.

93 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ S. 112.

94 Ebd., S. 114

95 Ebd., S. 112.

96 Lukoschat, Belschner, S. 89

97 Ebd.

98 Ebd.

99 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 112.

100 Ebd., S. 115

101 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 112.

102 Ebd., S. 114, 115.

103 Ebd., S. 113.

104 Ebd.

105 Ebd., S. 115.

106 Ebd., S. 113.

107 Ebd., S. 114.

108 Lukoschat, Belschner, S. 36.

109 Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“, S. 115.

110 Lukoschat, Belschner, S. 8.

111 Frauen machen Neue Länder – mehr Raum für starke Frauen, S. 47.

112 Ebd.

113 Basis der Antworten war die Frage: „Stellen Sie sich vor, sie bekämen den Auftrag, Frauen für politisches Engagement/Mandate zu gewinnen. Was würden Sie unternehmen?“. Für die völlige Offenheit der Möglichkeiten waren die Antworten ausgesprochen abgewogen.

114 Modifikationen gesetzlicher Rahmenbedingungen sind unter demokratietheoretischen Aspekten ausgesprochen kritisch zu sehen. So gibt es mit der Änderung von Wahlgesetzen zwar einen Hebel, der eine Abkürzung zu einem wünschenswerten Ergebnis ermöglicht, damit werden aber die Grundsätze einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl, wie sie das Grundgesetz vorschreibt, eingeschränkt. Selbst gekoppelt mit klaren Sanktionen, freie Plätze in Ermangelung von Frauen freizuhalten oder Strafgelder zu verhängen, entsteht eine arbiträre Situation und das Bild eines starken Staats wie einer Politik, die gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger handelt und ein „Minderheitenthema“ durchsetzen muss, verhärtet sich.

115 Geben sie sich zu weiblich, werden ihnen politisch relevante Kompetenzen wie Durchsetzungsstärke abgesprochen, treten sie dagegen zu männlich auf, steht sofort die Frage im Raum, warum man dann nicht gleich einem Mann den Vorzug gibt.

116 Schlote, Sara, Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, Befunde und Handlungsempfehlungen, Studie im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Durchführungszeitraum: 12.11.2012-31.01.2013, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Abteilung Demokratie und Demokratisierung, S. 31.

117 Patzelt, Werner, Einführung in die Politikwissenschaft, Passau 2003, S. 23.

118 Koschkar, Martin, Nestler, Christian, Der lange Schatten der Mauer bei Ost-West-Vergleichen: Ist-Stand und Perspektiven zum Doppeljubiläum 2014/15, in: Lutz-Auras, Ludmila, Gottschlich, Pierre (Hrsg.), Menschen, Macht und Mauern. Festschrift zum 85. Geburtstag von Professor Dieter Oberndörfer, Wiesbaden 2016. [i.E.]

119 Baerwolf, Astrid, Kinder, Kinder! Mutterschaft und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Eine Ethnografie im Generationenvergleich, Göttingen 2014.

Anhang

OST-WEST-VERGLEICH

25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gibt es hinsichtlich vieler Faktoren weiter deutliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern der Bundesrepublik. So nähert sich die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland noch immer nur sehr langsam der der alten Länder an. Konkret ist in zentralen ökonomischen Statistiken (siehe Abb. 10 und 11) sogar ein – allerdings im Auf und Ab – gleichbleibender Abstand zu konstatieren.[118]

Zudem wirken Sozialisationsmuster, die in der DDR entstanden, heute noch nach.[119] Dabei gleicht sich das präferierte Familienmodell immer mehr an das in der DDR gängige Modell an. Dieser Faktor lässt sich u. a. mit der Berufstätigkeit von Frauen und der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen belegen (siehe Tab. 23).

Die Zivilgesellschaft ist in den ostdeutschen Ländern weniger stark entwickelt. Diese Besonderheiten sind auch hinsichtlich der Frage der Beteiligung von Frauen in und aus den ostdeutschen Ländern an der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik festzustellen.

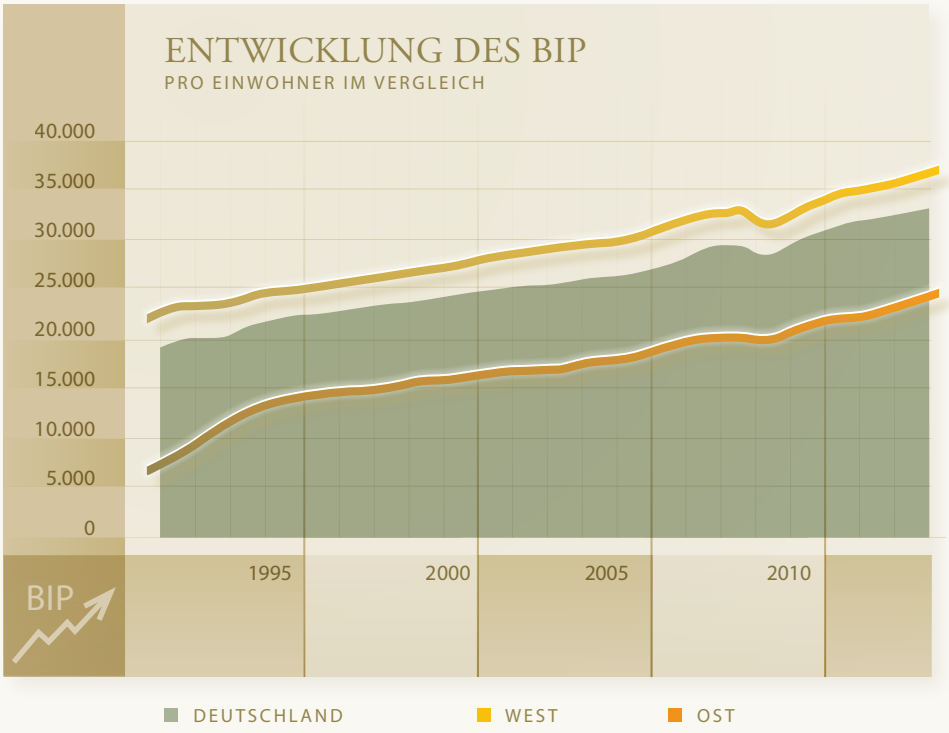


Abbildung 10

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Statistischen Ämter der Länder (Koschkar/Nestler 2016)

FRAUEN IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT

IM OST-WEST-VERGLEICH

ERWERBSTÄTIGKEITSQUOTE VON FRAUEN		
JAHR	WEST	OST
1991	54,6	66,8
1995	54,5	57,5
2000	57,7	57,7
2006	61,5	60,8
2010	65,6	68,2
2012	67,5	69,1
KINDERBETREUUNGSQUOTE 2013		
0 bis 1 Jahr	2,6	4,8
1 bis 2 Jahre	25,7	63,9
2 bis 3 Jahre	49,5	84,5

FERTILITÄTSRATE		
JAHR	WEST	OST
1990	1,45	1,52
1995	1,34	0,84
2000	1,41	1,21
2005	1,36	1,3
2010	1,39	1,46
2013	1,41	1,49
ANTEIL EINES JAHRGANGS OHNE SCHULABSCHLUSS		
1995	9,0	12,0
2000	8,0	10,0
2005	6,0	10,0
2010	6,0	10,0
2013	5,0	9,0

Tabelle 23

Quellen: Statistische Ämter der Länder und des Bundes (für Bildung und Betreuung); Statistisches Bundesamt (für Fertilität); Holst, Elke/Wieber, Anna: Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn, in: DIW Wochenbericht: Arbeitszeit und Erwerbstätigkeit, Stand: 02.10.2014 81. Jg., 2014, H. 40, S. 967-975 (für Erwerbstätigkeit) (Koschkar/Nestler 2016)

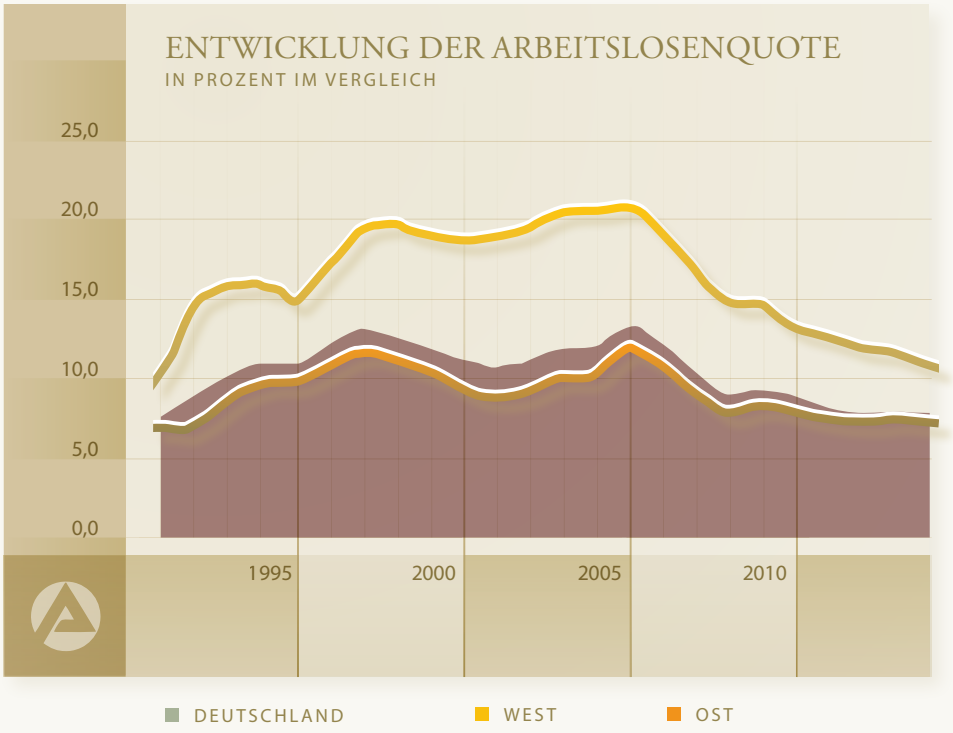


Abbildung 11

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (Koschkar/Nestler 2016)

ÜBERSICHT DER VERWENDETEN PARTEIKÜRZEL

AbguWka	Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau
ABLR	Allianz Bauern und ländlicher Raum
Adomeit	Wählergruppe Adomeit
AfD	Alternative für Deutschland
AfL	Alternative für Ludwigslust
AL	Alternative Liste
[ASK]	Aktion Stadt und Kulturschutz
AUF	AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland
Aufbruch 09	Aufbruch 09 für Vielfalt und Mitbestimmung
Bauernverband	Bauernverband
BfR	Bündnis für Rügen
BfS	Bürger für Stralsund
BG	Bürgerliste Greifswald
B90/Grüne	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DIE LINKE	DIE LINKE
FDP	Freie Demokratische Partei
FW	Freie Wähler
FW LUP	Freie Wähler Ludwigslust-Parchim
FW NWM	Freie Wähler Nordwest-Mecklenburg
Graue	Graue Rostock
KfV	Kompetenz für Vorpommern
LUL	Ländlicher Raum, Umwelt und Landwirtschaft
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Piraten	Piratenpartei Deutschland
Rentner	Rentner Partei Deutschlands
Rostocker Bund	Rostocker Bund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UB	Unabhängige Bürger
UFR	Unabhängige Bürger FÜR Rostock
WG	Wählergemeinschaft
WG BV-LR	Wählergemeinschaft „Bauernverband – Ländlicher Raum“
WGLR	Wählergemeinschaft ländlicher Raum

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

Baerwolf, Astrid, *Kinder, Kinder! Mutterschaft und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Eine Ethnografie im Generationenvergleich*, Göttingen 2014.

Bauer, Uta; Dähner, Susanne, *Frauen machen neue Länder – Frauenkarrieren in Ostdeutschland*, Berlin 2010 (Auftraggeber: Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder; Hg: Bundesministerium des Innern).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), *Engagiert vor Ort, Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Erste Ergebnisse einer bundesweiten quantitativen und qualitativen Befragung von Frauen in der Kommunalpolitik*, Osnabrück 2008.

Ernst und Young – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, *Abschlussbericht: Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder"*, Berlin 12. April 2013 (Auftragggeber: der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder).

Hippmann, Cornelia, *Ostdeutsche Frauen in der Politik*, Opladen/u. a. 2014.

Hoecker, Beate, 50 Jahre Frauen in der Politik, Späte Erfolge, aber noch nicht am Ziel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24-25/2008, S.10-18.

Hübner-Oberndörfer, Conchita, *Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern und abzuleitende Optionen für die Landespolitik*, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2010.

Hübner-Oberndörfer, Conchita, Die Mauer ist weg! Sind die Mauern weg? *Emanzipationsverständnis Ost vs. Emanzipation West, in: Lutz-Auras, Ludmila, Gottschlich Pierre (Hg.), Menschen, Macht und Mauern. Festschrift zum 85. Geburtstag von Professor Dieter Oberndörfer*, Wiesbaden 2016. [i.E.]

Koschkar, Martin; Nestler, Christian; Scheele, Christopher (Hg.), *Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler*, Rostock 2011.

Koschkar, Martin; Nestler, Christian; Scheele, Christopher (Hg.), *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*, Wiesbaden 2013.

Koschkar, Martin; Nestler, Christian, Der lange Schatten der Mauer. Stand und Perspektiven bei Ost-West-Vergleichen im Doppeljubiläum 2014/15, in: Lutz-Auras, Ludmilla; Gottschlich, Pierre (Hg.), *Menschen, Macht und Mauern. Festschrift zum 85. Geburtstag von Professor Dieter Oberndörfer*, Wiesbaden 2016. [i.E.]

Lettrari, Adriana; Nestler, Christian; Troi-Boeck, Nadja (Hg.), *Die Generation der Wendekinder - Elaboration eines Forschungsfeldes*, Wiesbaden 2016.

Lukoschat, Helga; Belschner, Jana, *Frauen führen Kommunen*, Berlin 2014.

Nestler, Christian; Scheele Christopher (Hg.), *Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern*, Rostock 2014.

Werz, Nikolaus; Koschkar, Martin (Hg.), *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*, Wiesbaden 2016.

ÜBER DIE AUTORIN UND DEN AUTOR

Conchita Hübner-Oberndörfer, Dr. phil, geboren 1953 in Dresden, Studium der Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig, seit 1995 Akademische Rätin und seit 2005 Oberrätin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. In der Forschung beschäftigt sie sich u. a. mit der Frauenbewegung, dem Umgang von Frauen mit Macht, Karrieremöglichkeiten für Frauen und Transformationsprozessen in Ostdeutschland. Daneben untersucht sie die Folgen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung für die Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu hat sie umfangreich publiziert. Die Ergebnisse wurden in unterschiedlichsten Formaten öffentlich präsentiert und diskutiert. Diese Themen finden ihren Niederschlag in der Lehre. Darüber hinaus bietet sie Seminare u. a. zu den Klassikern des politischen Denkens, zu Gerechtigkeitstheorien, zum Lobbyismus und zur Zuwanderung in die Bundesrepublik an.

Christian Nestler, M.A., geboren 1984 in Rostock, Studium der Politikwissenschaft und neueren Geschichte Europas an der Universität Rostock. Derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock. Er promoviert zum Thema der „Systemwechsel im 20. Jahrhundert in Deutschland – Am Beispiel der Universität Rostock“. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politischen Systeme Mittel- und Osteuropas, im Besonderen des Ostseeraums. Neben dem Zugang der Extremismus- und Populismusforschung beobachtet und analysiert er hier das Verhalten vorhandener und das Entstehen neuer Parteien. Zu beiden Aspekten hat er umfangreich publiziert, wobei aus seiner Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern der Blick auf das Bundesland essentieller Bestandteil war. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit generationalen Dynamiken vor allem der „letzten“ DDR-Generation, den sogenannten Wendekindern.

Die Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft ist ein Anspruch, der scheinbar Selbstverständlichkeit in Deutschland ist. Zumal er über Artikel 3 des Grundgesetzes bereits seit 1949 einen Auftrag, auch an den Staat, mit Verfassungsrang darstellt. Es zeigt sich jedoch, dass der Prozess in Lebensbereichen mit einer pyramidalen Aufstiegssystematik sowie einem deutlichen Machtbezug langwierig und mit vielen Hürden verbunden bleibt. Dies wird beispielsweise in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik deutlich.

Die vorliegende Studie nimmt den letzten Bereich in den Blick und untersucht exemplarisch am bisher kaum erforschten Fall des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wie der Ist-Stand der Partizipation von Frauen an Landes- und Kommunalpolitik ist. Darüber hinaus wurden umfangreiche qualitative Gruppeninterviews mit Politikerinnen geführt, um fördernde und hemmende Faktoren des Einstiegs in Politik zu verifizieren.

Es zeigt sich, dass regionale Spezifika wie die ländliche Prägung, Infrastruktur, Demografie aber auch politische Kultur, neben männlich geprägter Kommunikation und Verhaltensweisen sowie parteiinternen Dynamiken eine zentrale Rolle spielen. Nicht zuletzt entscheidet die Wählerin bzw. der Wähler über die Erlangung von Mandaten. Ungeachtet dessen bleibt es gerade vor dem Hintergrund von Mitglieder- und Kandidatenschwund bei den Parteien sowie des Mehrwertes einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an der Politik eine zentrale Aufgabe, das vorhandene Reservoir in der Bevölkerung zu aktivieren und besser auszuschöpfen.

INFORMATIONEN ÜBER DIE AUTORIN UND DEN AUTOR

Dr. Conchita Hübner-Oberndörfer
Akademische Oberrätin am Institut
für Politik- und Verwaltungswissenschaften
an der Universität Rostock

Christian Nestler, M.A.
wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl
für Vergleichende Regierungslehre des Instituts
für Politik- und Verwaltungswissenschaften
an der Universität Rostock